SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Demokratien und Krieg: das Konfliktverhalten demokratischer Staaten im internationalen System, 1946-2001

Chojnacki, Sven

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Chojnacki, S. (2003). *Demokratien und Krieg: das Konfliktverhalten demokratischer Staaten im internationalen System, 1946-2001.* (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Arbeitsgruppe Internationale Politik, 2003-304). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-111619

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Sven Chojnacki

Demokratien und Krieg

Das Konfliktverhalten demokratischer Staaten im internationalen System, 1946-2001

discussion papers

Best.-Nr. P 2003-304

Juli 2003

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung (WZB)

Beim Präsidenten
Arbeitsgruppe Internationale Politik
http://www.wz-berlin.de/ag/ip
email: svencho@wz-berlin.de

Zitierweise/Citation:

Sven Chojnacki, **Demokratien und Krieg. Das Konfliktverhalten demokratischer Staaten im internationalen System, 1946-2001,** Discussion Paper P 2003-304, Wissenschaftszentrum Berlin, 2003

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH,
Reichpietschufer 50, 10785 Berlin, Germany, Tel. (030) 2 54 91 - 0
Internet: www.wz-berlin.de

Zusammenfassung

Herrschaftsform und Konfliktverhalten sind eng miteinander verknüpft. Auf der dyadischen Analyseebene kommt die Forschung zu einem robusten Ergebnis: Demokratien führen seit 1816 keine Kriege gegeneinander. Im Gegensatz dazu stehen die empirischen Erkenntnisse auf der monadischen Ebene. Demokratien sind demnach ähnlich häufig in militärische Konflikte und Kriege verwickelt wie nichtdemokratische Regime. Mehr noch: militärische Interventionen in laufende militärische Konfrontationen sind ein besonderes Konfliktmuster demokratischer Staaten im internationalen System, das von der Forschung zum *demokratischen Frieden* bislang systematisch vernachlässigt worden ist. Verbunden ist dies mit der Problematik, dass sich spätestens seit dem Ende des Ost-West-Konflikts ein neues Legitimations- und Begründungsmuster für die Anwendung von Gewalt durch Demokratien abzeichnet: Kriege und Interventionen im Namen der Menschenrechte und mit dem Ziel der Demokratisierung, die normativ über die unterstellte friedensstiftende Wirkung von Demokratien nach außen gerechtfertigt werden. Die Ergebnisse der vorliegende Analyse sind angesichts dieser Entwicklungen ernüchternd. Demokratien greifen nicht nur wie andere Herrschaftstypen auch auf das Mittel der Gewalt zurück, Demokratisierung als außenpolitische Strategie und handlungsanleitendes Leitmotiv erhöht sogar in vielen Fällen das Risiko des Krieges und die Wahrscheinlichkeit der Kriegsbeteiligung einzelner demokratischer Staaten.

Abstract

Regime type and conflict behavior are closely interlinked. At the dyadic level, a strong and highly significant relationship is well established: democracies don't fight one another. At the monadic or national level, however, the empirical findings and theoretical conclusions remain controversial. Based on a revised and updated conflict dataset the evidence indicates that democracies are neither more conflict-prone, nor less prone to participate in interstate wars than other regime types. Little evidence that democracies intervene less frequently militarily in ongoing conflicts is found. Moreover, recent developments in the normative patterns of international order as well as new security challenges broaden the motivations of democratic states with respect to the use of military force in international politics – and make specific types of intervention more likely. In sum, the historical record of war involvement suggests that democratic optimism and liberal interventionism are dangerous political advisors.

Über den Autor

Sven Chojnacki studierte Politische Wissenschaften, Geschichte und Philosophie. 1999 promovierte er an der Freien Universität Berlin zum Dr. phil. Er ist seit 1998 Mitarbeiter der Arbeitsgruppe „Internationale Politik" am WZB und seit 1999 Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin. Derzeit ist er für eine Assistenzvertretung an der Arbeitsstelle „Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik" am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin beurlaubt (bis 9/2003). Sein Lehr- und Forschungsinteresse gilt insbesondere der Konflikt- und Kriegsursachenforschung sowie regionaler und globaler Sicherheitspolitik.

Inhalt

1. Einleitung 1

2. Empirische Analyse 4

2.1 Definitionen und Operationalisierung 6

2.2 Kriege und Kriegsbeteiligungen demokratischer Staaten 8

2.3. Demokratien und der Wandel des Krieges 13

3. Selektionseffekte 17

4. Sicherheits- und ordnungspolitischer Wandel 23

5. Fazit 31

6. Literatur 36

1. Einleitung[1]

Die Kriege und militärischen Interventionen, die auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts Realität und zentrale Herausforderung der internationalen Politik sind, rücken ein altes Puzzle der Internationalen Beziehungen im allgemeinen, der Kriegsursachenforschung im besonderen, erneut ins Licht der politischen und wissenschaftlichen Aufmerksamkeit: Demokratien führen zwar einerseits seit 1816 keine Kriege mehr gegeneinander und bilden im Sinne von Karl W. Deutsch pluralistische Sicherheitsgemeinschaften aus (vgl. u.a. Levy 1989; Starr 1992; Bueno de Mesquita/Lalman 1992; Russett 1993; Eberwein 1993; Risse-Kappen 1994; Ray 1995).[2] Immanuel Kant hat dafür die – von ihm nur vermutete – Erklärung in seiner Schrift „Zum Ewigen Frieden" gegeben, derzufolge demokratische Herrschaftsstrukturen eine Vorraussetzung für eine stabile Friedensordnung sind. Andererseits aber greifen demokratische Staaten gegenüber anderen Regimen durchaus auf gewaltsame Mittel zurück und sind wie diese in zahlreiche Kriege verwickelt (vgl. u.a. Small/Singer 1976; Maoz/Abdolali 1989; Chan 1984; Lake 1992; Henderson 2002; Reiter/Stam 2002). Mehr noch: militärische Interventionen in laufende militärische Konfrontationen sind ein spezifisches Konfliktmuster, das von der Forschung zum *demokratischen Frieden* bislang systematisch vernachlässigt worden ist. Verbunden ist dies mit der Problematik, dass sich spätestens seit dem Ende des Ost-West-Konflikts ein neues Legitimations- und Begründungsmuster für die Anwendung von Gewalt durch Demokratien abzeichnet: Kriege und Interventionen im Namen der Menschenrechte und mit dem Ziel der Demokratisierung, die normativ über die unterstellte friedensstiftende Wirkung von Demokratien nach außen gerechtfertigt werden (vgl. u.a. Cronin 1998; Czempiel 2000; Finnemore 2000; Peceny/Pickering 2002). Damit besteht jedoch die Gefahr, dass sich der Krieg seiner normativen Fesseln entledigt, die ihm mit dem in der UN-Charta verankerten Gewaltverbot im 20. Jahrhundert angelegt worden sind (vgl. Czempiel 2002).

Wenn Demokratien sich (immer noch) nicht friedlicher als Nichtdemokratien verhalten und wenn neue Begründungsmuster für die Anwendung von Gewalt das Risiko militärischer Einsätze im internationalen System erhöhen, dann ist nicht nur der Allgemeinplatz der politischen Öffentlichkeit, auf die positive Korrelation von Demokratie und friedlichem Konflikt-

---

[1] Für Anregungen, Kritik und konstruktiven Widerspruch danke ich Wolf-Dieter-Eberwein, Klaus-Jürgen Gantzel, Anna Geis, Sergius Seebohm sowie den Mitstreitern und Mitstreiterinnen der Forschungsgruppe Krieg (FORK). Der Text steht in Zusammenhang mit dem am WZB angesiedelten und von der von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) geförderten Projekt „Wandel der Gewaltformen im internationalen System".

[2] Die Zahl empirischer Studien und theoretischer Debatten zum Forschungsprogramm des „demokratischen Friedens" ist heute nahezu unüberschaubar. Einen guten Überblick vermitteln Ray (2000), Geis (2001), Henderson (2002) und Müller (2002).

verhalten im internationalen System hinzuweisen, mehr denn je problematisierungsbedürftig. Die bekannten empirischen Evidenzen zum Konfliktverhalten demokratischer Staaten wie auch die jüngeren Entwicklungen im militärischen Interventionsverhalten stellen die Ausgangsthesen der liberalen Theorietradition, dass (demokratische) Republiken (Kant) bzw. *libertarian systems* (Rummel 1983, 1995) *per se* weniger anfällig für militärische Konflikte und Kriege sind, generell in Frage. Zumal es an Erklärungen für die offensichtlich paradoxe Situation nach wie vor mangelt (vgl. Henderson 2002; Müller 2002). Damit kommt alternativen, ergänzenden Forschungsstrategien zentrale Bedeutung zu. Dies gilt nicht zuletzt für die Integration uni- oder multilaterale Interventionen in laufende militärische Konfrontationen. Obwohl militärische Interventionen ein häufiges Muster des Konfliktverhaltens sind – und wohl auch weiterhin bleiben werden, besteht hier ein wesentliches empirisches wie auch theoretisches Forschungsdefizit (Pickering 2002: 294).

Betroffen davon sind auch jene Ansätze, die auf der dyadischen Analyseebene ansetzen und den Frieden von Demokratien untereinander erklären. Hier konkurrieren strukturell-institutionelle Argumente (u.a. Schwerfälligkeit und Komplexität von Entscheidungsprozessen) und spieltheoretisch angeleitete Modelle (vgl. Bueno de Mesquita/Lalman 1992; Bueno de Mesquita et al. 1999) mit normativ-kulturellen Erklärungsansätzen und sozial-konstruktivistischen Überlegungen, insbesondere mit dem Verweis auf gemeinsame Normen und Werte, geronnene Ideen oder die soziale Konstruktion von Feindschaft (u.a. Russett 1993; Risse-Kappen 1994; Russett/Oneal 2001). Dem Anspruch, eine Theorie des demokratischen Friedens zu formulieren, werden diese Ansätze jedoch nicht gerecht. Sie bleiben theoretisch auch solange problematisch, wie erstens die empirischen Teilbefunde nicht auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden – was deswegen von Bedeutung ist, weil die theoretischen Argumentationslogiken auf der monadischen und dyadischen Ebene weitgehend identisch sind (Müller 2002: 48). Zweitens legen dyadische Studien ihren Analysefokus meist ausschließlich auf das Phänomen des zwischenstaatlichen Krieges und berücksichtigen damit nicht alle Dimensionen militärischer Gewaltanwendung demokratischer Staaten im internationalen System. Die zunehmende Einsicht über blinde Flecken und offensichtliche Widersprüche hat die Debatte immerhin neu belebt, so dass zunehmend die Anomalien selbst problematisiert werden.[3] Außerdem werden die zentralen Annahmen kritischen Tests bzw. Replikationen unterzogen, die nicht nur eine Kritik an bestehenden Forschungsdesigns beinhalten (Validität und Reliabilität

---

[3] In Deutschland etwa widmet sich das Forschungsprogramm „Antinomien des demokratischen Friedens“ der „Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ (HSFK) den Widersprüchen der Beobachtungen und Erklärungen (vgl. Müller 2002).

der Daten, Operationalisierung), sondern die These von Demokratie als Garantie für den ewigen Frieden generell in Zweifel ziehen (insbesondere Henderson 2002).

Um den alt bekannten Herausforderungen wie auch den jüngeren Problemen des normativ wie machtpolitisch geleiteten militärischen Interventionismus gerecht zu werden, bietet die monadische Analyseebene zunächst einen geeigneten Ausgangspunkt. Diese ist jedoch konzeptionell ergänzungsbedürftig. Dies bedeutet neben der Berücksichtigung zwischenstaatlicher und extrastaatlicher Kriege (u.a. Dekolonisationskonflikte) vor allem die konzeptionelle Integration militärischer Interventionen. Während das empirische Ziel dementsprechend darin besteht, das Konfliktverhalten demokratischer Staaten unter besonderer Berücksichtigung militärischer Interventionen aus monadischer Perspektive systematisch zu fundieren und die Engführung der quantitativen Kriegsursachenforschung im Forschungsfeld von Demokratie und Krieg aufzubrechen, sollen in einem weiteren Schritt theoretisch einige zentrale Erklärungsangebote zum gewaltsamen Konfliktverhalten demokratischer Staaten überprüft werden. Im Mittelpunkt steht zunächst die Frage nach der Erklärungskraft von Selektionseffekten, die postulieren, dass Demokratien ihre Konfliktgegner entlang definierbarer Kriterien auswählen und nur jene Kriege führen, von denen sie erwarten können, dass sie sie auch gewinnen. Darüber hinaus soll dem Teilproblem nachgegangen werden, inwieweit militärische Interventionen mit dem Wandel sicherheits- und ordnungspolitischer Rahmenbedingungen in einer Wechselbeziehung stehen. Während sicherheitspolitisch die Frage adäquater Strategien zur Reduzierung oder Verhinderung veränderter regionaler wie globaler Stabilitätsrisiken im Raume steht, die sich durch partiellen oder völligen Staatszerfall und die Dominanz privater Gewaltakteure auszeichnen (vgl. Kaldor 1999; Reno 1999; Duffield 2001; Münkler 2002), stellt sich ordnungspolitisch das Problem der Einhaltung oder Erzwingung spezifischer Normen in internationalen, vor allem aber in inner- und nichtstaatlichen Konflikten.[4] Dahinter steht die Hypothese, dass der formulierte Anspruch demokratischer Staaten auf die universelle Durchsetzung von Menschenrechten und die Verbreitung von Demokratie im internationalen System militärische Gewalt als Handlungsoption wahrscheinlicher macht und dass sie über ihre sicherheits- und ordnungspolitischen Anpassungsleistungen an veränderte Formen der Gewalt im internationalen System selbst ein Motor des Wandels der Kriegsformen sind.

---

[4] Daase (1999) hat dabei auf das theoretische Problem aufmerksam gemacht, dass insbesondere ungleich vergesellschaftete Akteurs- und Konfliktkonstellationen zum Wandel im internationalen System beitragen.

2. Empirische Analyse

Empirisch kommen Analysen, die auf der dyadischen Ebene ansetzen und danach fragen, wie gleiche oder unterschiedliche Herrschaftsformen miteinander interagieren, zu einem robusten Ergebnis: Demokratien führen seit 1816 keine Kriege gegeneinander (vgl. u.a. Bremer 1992; Russett 1993; Gleditsch/Hegre 1997; Ray 2000; Levy 2002). Zwar ist der Begriff des „Gesetzes“ innerhalb der Sozialwissenschaften umstritten, doch kommt diese Regelmäßigkeit einer empirischen Gesetzmäßigkeit in den Internationalen Beziehungen am nächsten: „This absence of war between democracies comes as close as anything we have to an empirical law in international relations“ (Levy 1989: 88).

Im Gegensatz dazu stehen die empirischen Erkenntnisse und Schlussfolgerungen auf der monadischen Ebene, die erfasst wie sich einzelne Staaten im internationalen Umfeld verhalten. Demokratien sind demnach trotz des in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Gewaltverbots seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ähnlich häufig in militärische Konflikte und Kriege verwickelt wie Nichtdemokratien (vgl. u.a. Small/Singer 1976; Chan 1984; Maoz/Abdolali 1989; Henderson 2002; Reiter/Stam, 2002). Dies legt den Schluss nahe, dass es keinen systematischen Zusammenhang zwischen dem Regimetyp und der Kriegsbeteiligung einzelner Staaten gibt – daher ja auch die Rede vom *Doppelbefund*.

Allerdings ist der häufige Verweis auf den *Doppelbefund* in der einschlägigen Literatur irreführend. Betrachtet man die Ergebnisse der Kriegsursachenforschung nämlich genauer, so handelt es sich um einen fünffachen Befund: neben der Erkenntnis, dass Demokratien seit dem Wienerkongress von 1814/15 keine Kriege gegeneinander führen, aber in ihrem Außenverhalten nicht generell friedfertiger als andere Regimetypen sind, gibt es drei weitere Teilbefunde: a) unterhalb der Kriegsschwelle ist der Effekt „wechselseitige Demokratie“ schwächer, wenngleich immer noch statistisch signifikant[5]; b) revolutionäre (gewalthaltige) Regimewechsel und neue Demokratien korrelieren relativ hoch mit militärischen Disputen und Kriegen, wobei Regimewandel kurzfristig die Konfliktneigung im internationalen System insgesamt erhöht (vgl. Maoz/Abdolali 1989; Mansfield/Snyder 1995); c) die Zunahme von Demokratien hat (bisher) keinen nennenswerten Einfluss auf die Gewalthaltigkeit des internationalen Systems insgesamt (Eberwein 1993; Maoz 2001). Gerade der Zusammenhang zwischen

---

[5] Empirische Studien belegen, dass demokratische Staatenpaare ihre Konflikte durchaus auf die Stufe wechselseitiger Gewaltanwendung eskalieren lassen (vgl. für Europa Chojnacki 1999; für die globale Ebene Bremer 1993; Senese 1996).

gewaltsamen Regimewechseln und zwischenstaatlicher militärischer Gewalt wirft einen ersten Schatten auf das außenpolitische Ziel der Demokratisierung.

Der *Doppelbefund* wird aus unterschiedlichen Richtungen auch systematisch in Zweifel gezogen. Einige jüngere Untersuchungen bescheinigen demokratischen Systemen durchaus eine etwas größere Friedensfähigkeit als autoritären Staaten. So kommen Oneal und Russett (1997: 288) in ihrer Studie zu dem Schluss: „democracies were more peaceful than autocracies generally" – und stützen damit die These des pazifizierenden Effekts von Demokratie generell (vgl. auch Oneal/Ray 1997; Rummel 1995; Gleditsch/Hegre 1997; Ray 2000). Dieser Widerspruch wird aus der Gegenrichtung noch verstärkt durch eine neuere Studie Hendersons (2002), der mit einem modifizierten Forschungsdesign eine Replikation vorliegender Befunde durchführt und dabei zu dem Ergebnis kommt, dass demokratische Systeme mit einer signifikant höheren Wahrscheinlichkeit militärische Konflikte und Kriege austragen und initiieren als andere Regimetypen (Henderson 2002: 53ff). Neben der Bestätigung und Erhärtung älterer Forschungsergebnisse macht Henderson auf die methodologischen Probleme aufmerksam, mit denen die jüngeren Analysen zu kämpfen haben. Im Mittelpunkt der Kritik steht die Problematik, dass zur Stützung der monadischen These des demokratischen Friedens („Demokratien sind generell friedfertiger als nichtdemokratische Systeme") teilweise auf der Dyadenebene angesetzt wird und ein *weak-link*-Forschungsdesign gewählt wird (Henderson 2002: 55-58).[6] Derartige dyadisch inspirierte *weak-link*-Spezifikationen werfen die Frage nach der adäquaten Analyseebene auf und verzerren das Bild auf der monadischen Ebene. Zumal wir nicht problemlos von einer Ebene auf die andere schließen können bzw. kausale Pfade einer Analyseebene nicht automatisch auf eine andere übertragen werden können (vgl. dazu auch Levy 2000: 320; Maoz 2001). Noch größere Probleme wirft die dyadische Analyseebene dann für die Analyse und Erklärung militärischer Interventionen auf.

Angesichts widersprüchlicher Ergebnisse auf der monadischen Ebene einerseits, der unterstellten Bedeutung militärischer Interventionen im gegenwärtigen internationalen System andererseits, wird im Folgenden eine systematische empirische Bestandsaufnahme zum Konfliktverhalten demokratischer Staaten im internationalen System seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs präsentiert. Zuvor werden noch die operationalen Kriterien der abhängigen und unabhängigen Variablen geklärt.

---

[6] Exemplarisch für dieses Problem sind die Studien von Oneal/Russett (1997) und Oneal/Ray (1997), die aus ihrer dyadisch angelegten Analyse schlussfolgern, dass „democratic states are more peaceful than autocracies at the national level of analysis (Oneal/Ray 1997: 751; vgl. zur Kritik Henderson 2002: 56).

2.1 Definitionen und Operationalisierung

Zur Bestimmung der Herrschaftsform einzelner Staaten wird auf die Regimedaten des Polity-Projekts zurückgegriffen. Der verwendete Polity IV-Datensatz[7] erfasst politische Systeme entlang zweier ordinaler Skalen (eine Autokratie- und eine Demokratieskala) mit den Werten von 0 bis 10.[8] Neben Demokratien und Autokratien werden auch so genannte Anokratien erfasst, die nicht als eine spezifische Regimeform verstanden werden, sondern als mittlere Kategorie zwischen Demokratie und Autokratie (Marshall/Gurr 2003: 19). Darüber hinaus eröffnet der Polity-Datensatz die Möglichkeit, Regimewandel zu bestimmen. Definiert wird ein politisches System entlang folgender Merkmale: Wettbewerb in der politischen Beteiligung und in der politischen Führung, Regulierung politischer Partizipation, Wettbewerbsgrad bei der Rekrutierung der Amtsinhaber, Offenheit bei der Auswahl der Führung sowie Barrieren der Entscheidungsgewalt (Jaggers/Gurr 1995: 472). Abgebildet wird damit primär der institutionelle Charakter eines Regimes.[9]

Zur Erfassung des globalen Kriegsgeschehens seit dem Ende des zweiten Weltkrieges werden die modifizierten und aktualisierten Daten der *Forschungsgruppe Krieg* (FORK) verwendet. Die neue Kriegeliste baut auf einem Vergleich bestehender Datensätze bekannter Forschungsprojekte auf (vgl. dazu ausführlich Eberwein/Chojnacki 2001) und versucht, den theoretischen und typologischen Herausforderungen des Wandels der Kriegsformen im internationalen System gerecht zu werden (vgl. Chojnacki 2003).[10] Dazu zählt zunächst die systematische empirische Erfassung substaatlicher Gewaltkonflikte[11], die über die Klassifizierung

---

7 Der Polity IV-Datensatz ist über das Internet verfügbar (http://www.cidcm.umd.edu/inscr/polity).

8 Erreicht ein politisches System auf der Skala für ein gegebenes Jahr einen Wert von mehr als „+7“ bzw. von mehr als „-7“ dann lässt es sich als kohärentes politisches System in der entsprechenden Kategorie, d. h. als Demokratie oder Autokratie, bezeichnen (vgl. Jaggers/Gurr 1995: 479). Erreicht ein Regime einen Wert dazwischen, also im Bereich von „+6“ bis „-6“, dann wird es als Anokratie gekennzeichnet. Wann genau ein politisches System eine Autokratie oder eine Demokratie ist, wird von einzelnen Forschern unterschiedlich beantwortet (siehe etwa Maoz 1997; Marshall/Gurr 2003). Die kritischen Schwellen liegen zwischen „5“ und „7“ auf den beiden Skalen. Je höher jedoch der Demokratieindex, desto größer ist die Verteilung von Machtressourcen und der Pluralismus in einem politischen System. Damit wird die Zahl „relativ“ demokratischer Staaten auf ein Minimum reduziert.

9 Es gibt noch andere Demokratie-Definitionen innerhalb der Kriegsursachenforschung. Ray (1992, 1995) legt beispielsweise folgende Kriterien fest: freie Wahlen, mindestens zwei unabhängige politische Parteien, Wähler sind 50 Prozent der erwachsenen Bevölkerung, friedlicher Transfer von Macht. Demgegenüber hat der *Polity*-Ansatz den Vorteil, dass er rigoroser ist und die institutionellen Eigenschaften politischer Herrschaft besser erfasst.

10 Kurz- bis mittelfristig geht es der FORK zunächst darum, die Kandidatenliste relevanter Kriegsereignisse vor dem Hintergrund der theoretischen und typologischen Überlegungen einerseits, vergleichbarer qualitativer und quantifizierbarer Kriterien andererseits, zu überprüfen und zu verbessern. Mittel- bis langfristig sollen dann auf der Grundlage bestehender Erkenntnisse die Kriegedaten auf jährlicher Basis aktualisiert werden und eine empirische Basis für die Erklärung und Prognose organisierter Gewaltanwendung bieten.

11 Substaatliche Kriege unterscheiden sich von „klassischen“ innerstaatlichen Kriegen entlang folgender Kriterien: a) Dominanz privater, nichtstaatlicher Akteure, b) partieller oder völliger Staatszerfall.

herkömmlicher innerstaatlicher Kriege (Anti-Regimekriege, Militärcoups, Sezessionskriege) hinausreicht. Die „neuen Kriege“ sind zwar in aller Munde (Kaldor 1999; Münkler 2002). Jenseits der Illustration von Einzelfällen bleiben diese Gewaltformen jedoch auch in der vergleichenden Kriegsursachenforschung meist unberücksichtigt. Neben den inner- und substaatlichen Kriegen werden auch extra-staatlicher Kriege zwischen souveränen Staaten und international nicht-anerkannten Gebieten erfasst (vgl. Sarkees/Singer 2001). Darunter fallen vor allem die Dekolonisationskriege. Die vierte Klasse von Krieg sind die zwischenstaatlichen Kriege. Ähnlich wie beim „Correlates of War“-Projekt (COW), dem international renommiertesten Forschungsprojekt der Kriegsursachenforschung, werden zwischenstaatliche Kriege definiert als Extremformen militärischen Konfliktverhaltens zwischen mindestens zwei souveränen Staaten, bei denen mehr als tausend gefallene Soldaten zu beklagen sind (Small/Singer 1982; Sarkees/Singer 2001).[12] Eine Sonderform des Konfliktverhaltens sind schließlich unilaterale oder multilaterale militärische Interventionen in bereits laufende inner-, sub-, extra- oder zwischenstaatliche Kriege.[13] Dieser Aspekt ist, so die Annahme, gerade für ein adäquates Verständnis des Konfliktverhaltens demokratischer Staaten unerlässlich. Die Abgrenzungsargumente lauten, dass gegenüber „einfachen“ zwischenstaatlichen Kriegen differenzierbare Entscheidungs- und Prozessdynamiken vorliegen und dass „internationalisierte Kriege“ auch eine andere Konfliktstruktur aufweisen.[14] Dabei kommt auch die Rolle von Allianzen als Kontextvariable zum Tragen. Operational muss das Kriterium einer direkten, offenen militärischen Beteiligung an in Gang befindlichen Kriegen erfüllt sein.[15] Gesprochen wird hier auch von „internationalisierten Kriegen“ (vgl. ähnlich Gleditsch et al. 2001). Grundlage der empirischen Analyse ist ein monadischer Datensatz im Format Staat/Jahr, der sowohl das Konfliktverhalten eines Staates als auch seine Regimeform zwischen 1946 und 2001 auf jährlicher Basis erfasst.[16]

---

[12] Auch wenn die meisten Kriege der Gegenwart nicht mehr auf dem Schlachtfeld entschieden werden, so bleibt doch die Opferzahl ein zentraler Indikator für die Bestimmung der Intensität militärischer Gewalt.

[13] Nur wenige Autoren befassen sich empirisch-systematisch mit dem Problem militärischer Interventionen. Ausnahmen sind Tillema (1991) und Pickering (2002; vgl. auch Peceny/Pickering 2002)

[14] Eine ähnliche Klassifizierung präsentiert das *Uppsala Conflict Data Project* (UCDP), das zwischen extrastaatlichen, zwischenstaatlichen, innerstaatlichen und internationalisierten internen Kriegen unterscheidet, dabei jedoch den qualitativen Wandel innerstaatlicher Gewalt nicht berücksichtigt (vgl. Gleditsch et al. 2001).

[15] Sporadische Interventionen wie die militärischen Einsätze der USA und Großbritanniens gegen Bodenziele im Zuge der Durchsetzung der Flugverbotszone im Irak werden nicht berücksichtigt. Gleiches gilt für informelle wirtschaftliche und politische Unterstützung von Kriegsparteien.

[16] Der komplette Datensatz wird Ende 2003 über das Internet verfügbar sein. Damit bietet sich dann auch die Möglichkeit von Replikationen.

2.2 Kriege und Kriegsbeteiligungen demokratischer Staaten

Eine einfache Häufigkeitsverteilung deutet zunächst auf einen klaren Befund hin: Demokratien sind bei allen Kriegstypen mit 40 Kriegsbeteiligungen seit 1946 in über die Hälfte der identifizierten Kriege seit 1946 verwickelt (Tabelle 1). Demokratien initiieren und beteiligen sich nicht nur direkt an zwischenstaatlichen und extrastaatlichen Kriegen, sondern intervenieren auch häufig in laufende Auseinandersetzungen. Gleichzeitig bestätigt sich jedoch, dass im Beobachtungszeitraum neben extrastaatlichen Kriegen auch zwischenstaatliche Kriege an Bedeutung verloren haben (vgl. Marshall/Gurr 2003: 13). In den 1990er Jahren konnten nur noch drei „klassische" zwischenstaatliche Kriege beobachtet werden.[17] Demgegenüber steigt die Bedeutung militärischer Interventionen in inner-, sub- oder zwischenstaatliche Kriege. Wenngleich dies kein völlig neues Phänomen ist. Bereits der Koreakrieg (1950-53) und der Vietnamkrieg (1965-75) wiesen starke Internationalisierungstendenzen auf. Aufschlussreich ist auch die Detailbeobachtung, dass zwischenstaatliche oder internationalisierte Kriege mit demokratischer Beteiligung im Untersuchungszeitraum auch die größte regionale und/ oder systemische Wirkung entfaltet haben (Koreakrieg, Vietnamkrieg, Nahostkriege, Zweiter Golfkrieg, Kosovo, Afghanistan).

Tabelle 1: Anzahl zwischenstaatlicher, extrastaatlicher und internationalisierter Kriege nach Beteiligung von Demokratien , 1946-2001

	zwischen-staatlich	*extra-staatlich*	*militärische Intervention*	*Total (Prozent)*
Demokratien gegeneinander	0	0	0	0 (0,0)
Beteiligung von Demokratien	13	9	18	40 (56,3)
keine Demokratien	10	8	13	31 (43,7)
Total	23	17	31	71 (100)

Ein Vergleich von Regimeformen und Kriegstypen ergibt ein differenzierteres Bild. Tabelle 2 lässt sich entnehmen, dass Demokratien gemessen an den jährlich geführten zwischenstaatlichen Kriegen bzw. Kriegsbeteiligungen einen deutlich geringeren Wert als andere Regimetypen aufweisen. Autoritäre Regime sind mit 59 Kriegsjahren fast dreimal so häufig an zwischenstaatlichen Kriegen beteiligt wie demokratische Staaten (N=20). Auch relational, d.h. die Kriegsbeteiligungen gemessen an der Gesamtzahl der jeweiligen Regimetypen im interna-

[17] Dies waren der Zweite Golfkrieg (1991), der Kargil-Krieg zwischen Indien und Pakistan (1999) sowie der Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea (1998-2000).

tionalen System (*PrKrieg*), schneiden Demokratien recht gut ab (0.009).[18] Anokratien, Autokratien und Phasen des Regimewandels[19] besitzen ein bis zu dreifaches Risiko der Beteiligung an zwischenstaatlichen Kriegen.

Tabelle 2: Kriegsbeteiligung (Kriegsjahre) nach Regimetyp, 1946-2001

		Kriegsjahre	*PrKrieg*
zwischenstaatliche Kriege	Demokratie	20	0,009 (2267)
	Anokratie	31	0,017 (1858)
	Autokratie	59	0,022 (2639)
	Regimewandel	8	0,029 (280)
	Total	116	0,016 (7044)
extrastaatliche Kriege	Demokratie	58	0,026 (2267)
	Anokratie	22	0,012 (1858)
	Autokratie	63	0,024 (2639)
	Regimewandel	7	0,025 (280)
	Total	150	0,021 (7044)
militärische Interventionen	Demokratie	155	0,069 (2267)
	Anokratie	125	0,067 (1858)
	Autokratie	128	0,049 (2639)
	Regimewandel	7	0,025 (280)
	Total	416	0,059 (7044)

Wie lässt sich die Diskrepanz zur oben ermittelten Häufigkeitsverteilung erklären? Zwei Aspekte sind ausschlaggebend: Erstens erhöhen die arabischen Koalitionen gegen Israel die Anzahl der Kriegsbeteiligungen autoritärer Regime in den israelisch-arabischen Kriegen seit 1948. Demokratische Koalitionen und Allianzen kommen dagegen eher bei militärischen Interventionen, also bei internationalisierten Kriegen, zum Tragen (s.u.). Zweitens sind Demokratien in meist kürzere Kriege verwickelt. Längeranhaltende militärische Auseinandersetzungen wie der Krieg zwischen Vietnam und Kambodscha (1975-79) oder der Erste Golfkrieg zwischen dem Irak und Iran (1980-88) treiben dagegen die Werte für die jährliche Kriegsbeteiligung von Autokratien in die Höhe.

In einem nächsten Schritt erfasst Tabelle 2 die extrastaatlichen Kriege. Hier verändert sich das Bild gewalthaltiger Außenpolitik zuungunsten demokratischer Systeme. Es zeigt

[18] Der Wert von *PrKrieg* (Pr = Probability) ergibt sich aus der Anzahl der Kriegsjahre geteilt durch die Summe der Staatenjahre des jeweiligen Regimetyps im Untersuchungszeitraum.

[19] Im Unterschied zum Polity-Projekt werden größere Regimetransitionen („-88“ im Polity IV Datensatz) und Staatskollaps („-77“) nicht den „Anokratien“ zugerechnet, sondern separat als Regimewandel erfasst.

sich, dass Demokratien bei der Anzahl der Kriegsjahre absolut auf einem ähnlich hohen Niveau liegen wie autoritäre Systeme. Relational (*PrKrieg*) erreichen demokratische Systeme in dieser Klasse von Krieg gar den höchsten Wert (0.026) – knapp vor Staaten, die sich im Stadium des Regimewandels befinden (0.025), und vor Autokratien (0.024). Verantwortlich sind hier vor allem die Dekolonisationskriege Frankreichs und Großbritanniens (u.a. Indochina, Mau-Mau, Marokko, Algerien, Kamerun). Heute hat dieser Kriegstyp völlig an Bedeutung verloren (vgl. Singer/Sarkees 2001; Marshall/Gurr 2003).

Noch mehr verschiebt sich die Verteilung bei militärischen Interventionen in laufende Konfrontationen (Tabelle 2). Demokratische Staaten intervenieren bei insgesamt 155 Kriegsjahren nicht nur etwas häufiger militärisch als andere Regimetypen, sondern sie weisen auch ein leicht höheres Risiko an der Beteiligung internationalisierter Kriege auf (0.069).[20] Allerdings greifen nur wenige Demokratien regelmäßig oder unilateral auf das Mittel der Gewalt in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik zurück. Den höchsten Wert erreichen die Vereinigten Staaten mit 10 militärischen Interventionen und 39 Kriegsjahren. Ihnen folgen Frankreich (7 Interventionen, 14 Kriegsjahre), Israel (5 Interventionen, 13 Kriegsjahre) und Großbritannien (4 Interventionen, 8 Kriegsjahre). Darüber hinaus wird die Anzahl der Kriegsjahre durch Staaten wie Australien (N=13) oder Neuseeland (N=11) in die Höhe getrieben, die sich im Rahmen von Allianzen bzw. Kriegskoalition an militärischen Auseinandersetzungen beteiligen.[21] Dies entspricht der empirischen Erkenntnis, dass Demokratien eine größere Wahrscheinlichkeit zur Allianzbildung aufweisen als andere Regimetypen (Siverson/Emmons 1991). Führt man darüber hinaus Großmachtstatus als Kontrollvariable ein und kontrolliert außerdem, welche Allianzbeteiligungen im Kontext von Großmachtinterventionen stehen, dann reduziert sich die Zahl demokratischer Kriegsjahre deutlich.

Mit den humanitär begründeten Interventionen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts hat sich das Phänomen, dass Demokratien im Rahmen von Allianzsystemen oder Koalitionen in laufende Streitigkeiten eingreifen, noch verstärkt. Ihren Höhepunkt erreichte die Form des multilateralen, militärischen Interventionismus an der Jahrtausendschwelle (Kosovo 1999, Afghanistan 2001). Involviert sind dabei heute nicht mehr nur die klassischen Großmächte (Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich), sondern auch jüngere osteuropäische De-

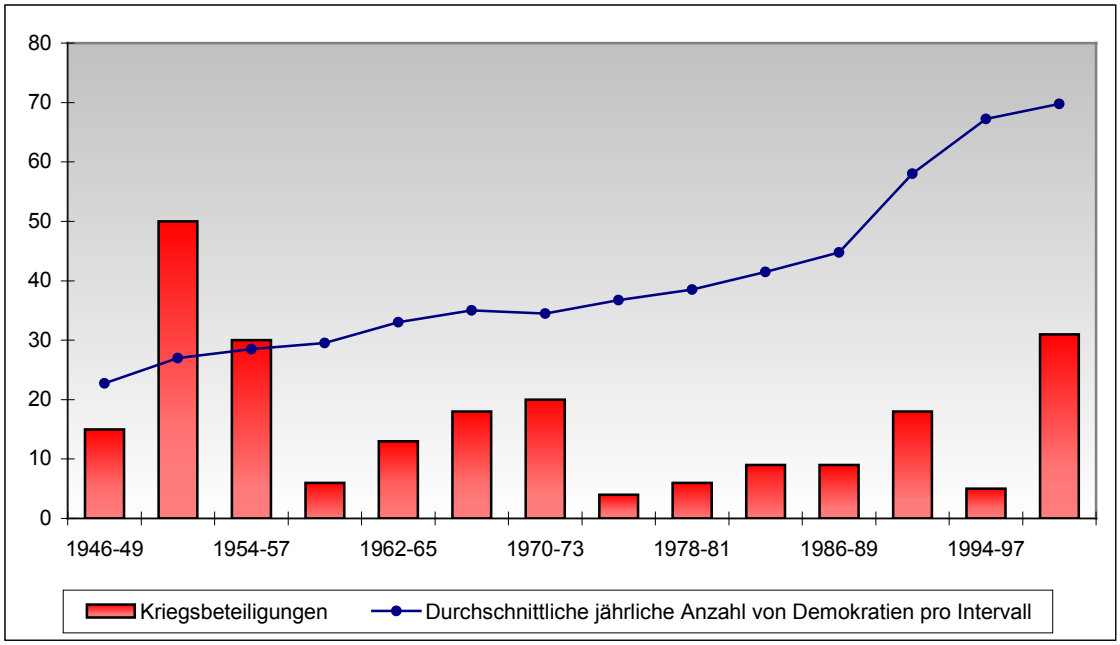
---

[20] Zu diesem Ergebnis, dass Demokratien keinesfalls weniger militärisch intervenieren als andere Regime, kommt auch Pickering (2002). Darüber hinaus zeigt seine empirische Analyse, dass Demokratien wesentlich seltener ein Ziel militärischer Interventionen sind.

[21] Dabei ist zu beachten, dass nicht wenige Beteiligungen demokratischer Staaten an militärischen Auseinandersetzungen – wie etwa die der Niederlande und Belgiens am Koreakrieg – nur zu geringfügigen eigenen Opferzahlen führen (Gleditsch/Hegre 1997: 294).

mokratien wie Polen, die Tschechische Republik oder Ungarn sowie demokratische Staaten, die die Anti-Gewalt-Norm in ihrer jüngeren Vergangenheit zu einem Kernelement ihrer Außenpolitik gemacht hatten (Deutschland, Japan).

Abbildung 1: Beteiligungen demokratischer Staaten an zwischenstaatlichen, extrastaatlichen und internationalisierten Kriegen sowie durchschnittliche Anzahl von Demokratien, 1946-2001 (in Vier-Jahres-Intervallen)



Wie sieht das Gewaltverhalten demokratischer Staaten im Zeitablauf aus? Werden alle Beteiligungen demokratischer Staaten seit 1946 an gewaltförmigen Konflikten (zwischenstaatliche Kriege, extrastaatliche Kriege, militärische Interventionen) auf jährlicher Basis zusammengefasst und zu Vier-Jahres-Intervallen verbunden (Abbildung 1), dann findet sich ein nicht unerwartetes Resultat. Als besonders gewaltsam erscheint die Außenpolitik von Demokratien zunächst vor allem zu Beginn der 1950er Jahre. Gründe hierfür sind einerseits die bereits oben angesprochenen Dekolonisationskriege, andererseits die Beteiligungen demokratischer Staaten am Koreakrieg. Der erneute Anstieg Ende der 1960er bzw. Anfang der 1970er Jahre ist im Wesentlichen auf den Vietnamkrieg und die militärischen Interventionen in den Nachbarstaaten Laos und Kambodscha zurückzuführen. Bis Ende der 1980er erweist sich dann die Außenpolitik von Demokratien im internationalen System als relativ gewaltarm. Prominente Ausnahmen sind die Zypernkrise, der Falklandkrieg zwischen Großbritannien und Argentinien sowie die Interventionen Israels im Libanon und Frankreichs im Tschad bzw. in Zaire. Das Ende des Ost-West-Konflikts führte dann zu einer Verdopplung an militärischen Einsät-

zen. Veränderte Opportunitätsstrukturen für kollektives Handeln (Wegfall der bipolaren Systemstruktur, normativer Wandel) bewirkten einen Schub für humanitär begründete Interventionen. Eingeläutet wurde eine neue Phase multilateraler Kriege und Interventionen mit dem Zweiten Golfkrieg. Scheinen die Staaten dann Mitte der 1990er zunächst aus den negativen Erfahrungen eines humanitär begründeten Interventionismus gelernt zu haben, so erreicht die Beteiligung demokratischer Staaten an gewaltsamen Konflikten in der Phase zwischen 1998 und 2001 den zweithöchsten Wert insgesamt. Verantwortlich dafür sind die Kriege im Kosovo bzw. gegen das Milosevic-Regime und gegen das Taliban-Regime in Afghanistan. Während der militärische Einsatz westlicher Demokratien auf dem Balkan sowohl innenpolitisch wie sicherheitspolitisch motiviert gewesen ist, steht die multinationale Intervention in Afghanistan in unmittelbarem Zusammenhang mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

Gedämpft wird das Ergebnis für die neunziger Jahre jedoch, wenn man die kriegerischen Beteiligungen demokratischer Staaten an der Gesamtzahl von Demokratien im internationalen System misst. Durch die dritte Welle der Demokratisierung Anfang der 1990er Jahre (siehe Abbildung 1; vgl. dazu auch Huntington 1991; Gates et al. 2002) reduziert sich der Wert für das letzte Intervall (1998-2001) etwa auf den Wert des fünften Intervalls (1962-65) und auf ein Viertel des Wertes für das zweite Intervall (1950-53). Damit lag das relative Risiko der Beteiligung demokratischer Staaten an zwischenstaatlichen, extrastaatlichen und internationalisierten Kriegen zu Beginn der 1950er Jahre deutlich über allen anderen Perioden. Dies ändert freilich nichts an der Beobachtung, dass militärische Gewaltanwendung auch in der Gegenwart zum Repertoire demokratischer Außenpolitiken gehört und internationalisierte Kriege eine zentrale Herausforderung der internationalen Politik einerseits, der Forschung andererseits, darstellen.

Welche weiteren Muster des Konfliktverhaltens lassen sich auf der Grundlage der vorliegenden Datenbasis festmachen? Unabhängig davon, ob es sich um zwischenstaatliche Kriege oder militärische Interventionen in laufende Auseinandersetzungen handelt, ist zu beobachten, dass Demokratien militärische Gewalt eher gegen schwächere, verwundbare Gegner anwenden. Bei militärischen Interventionen ist dieser Effekt sogar noch etwas stärker: in über drei Viertel der Fälle verfügten die intervenierenden Demokratien über ein sehr großes Machtübergewicht. Verbunden ist die Selektion schwächerer Gegner mit dem empirischen Befund der Kriegsursachenforschung, dass Demokratien ihre Kriege auch häufiger gewinnen (vgl. Lake 1992; Bueno de Mesquita/Siverson 1995; Siverson 1995; Gartzke 1998; Ben-

nett/Stam 1998). In einer neueren empirischen Untersuchung kommen Reiter und Stam (2002: Kap. 2) zu dem Ergebnis, dass Demokratien seit 1816 über drei Viertel der zwischenstaatlichen Kriege, an denen sie beteiligt waren, gewonnen haben.[22] Auf der Basis der hier vorliegenden Daten fällt dieser Befund für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts zwar etwas schwächer aus. Demokratien gehen aus etwa 60 Prozent ihrer zwischenstaatlichen Kriege siegreich hervor (8 von 13). Doch auch wenn Demokratien ihre Kriege etwas häufiger gewinnen als andere Regimetypen, ist Krieg immer weniger ein erfolgversprechendes Mittel der Politik (vgl. Rasler/Thompson 1999). Autoritative Entscheidungen wie Sieg oder Niederlage nehmen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ab, Pattsituationen (*draw/stalemate*) und vermittelte Verhandlungslösungen dagegen zu. Noch weniger eindeutig ist die häufig gemachte Aussage, dass Demokratien einen Großteil ihrer Kriege auch initiieren (vgl. Reiter/Stam 2002). Von den 13 identifizierten zwischenstaatlichen Kriegen haben demokratische Staaten nur vier (also etwa 30 Prozent) initiiert. Alle von Demokratien begonnene Kriege stehen dabei im Zeichen zwischenstaatlicher oder regionaler Rivalität (Indien vs. Pakistan, Israel vs. arabische Welt, Türkei vs. Zypern/Griechenland). Wesentlich häufiger starten Demokratien Interventionen in laufende inner- oder substaatliche Auseinandersetzungen (vgl. auch Gleditsch/Hegre 1997: 295). Die empirischen Ergebnisse bestätigen damit insgesamt die Notwendigkeit einer konzeptionellen Integration militärischer Interventionen in die Forschung zum Konfliktverhalten demokratischer Staaten.

2.3 Demokratien und der Wandel des Krieges

Eingebettet ist die jüngere Entwicklung des militärischen Interventionismus in übergreifende Makrotrends des globalen Kriegsgeschehens: erstens haben zwischenstaatliche Kriege und insbesondere Großmachtkriege seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges an Bedeutung verloren[23], zweitens hat sich die Anzahl innerstaatlicher Kriege in den letzten fünf Jahrzehnten drastisch erhöht und drittens ist in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Dauer innerstaatlicher Kriege angestiegen – dabei hat sich das Kriegsgeschehen maßgeblich in Transfor-

---

[22] Zweifel am empirischen Befund, dass Demokratien ihrer Kriege generell eher gewinnen, äußert Desch (2002). Er führt vor allem methodische Probleme an (u.a. Misaggregation der Datenlage, Vernachlässigung gemischter Allianzen und Machtverhältnisse sowie zweifelhafte Kodierungen von Sieg/Niederlage).

[23] Dies sollte jedoch nicht zu dem Fehlschluss verleiten, dass damit dieser Konflikttyp obsolet geworden sei. Zwischenstaatliche militärische Konflikte unterhalb der Kriegsschwelle und Rüstungsspiralen sind keine Seltenheit. In einigen Regionen (Naher und Mittlerer Osten, Südasien, Südostasien) sowie zwischen einigen Staatenpaaren (Indien/Pakistan, Irak/Iran) ist nach wie vor ein großes Eskalationspotential vorhanden.

mationsregionen verlagert.[24] Die quantitative Verschiebung von zwischenstaatlichen Kriegen zu innerstaatlichen Gewaltkonflikten wird darüber hinaus von einem qualitativen Wandel der Kriegsformen begleitet. Mit dem recht unglücklichen Begriff der „neuen Kriege" (Kaldor 1999; Münkler 2002) wird die ansonsten plausible These vertreten, dass sich ein nicht unwesentlicher Teil des gegenwärtigen Kriegsgeschehens klassischen Kategorien und staatszentrischen Erklärungsansätzen entzieht (vgl. Chojnacki/Aust 2003).[25] Diese substaatlichen Kriege zeichnen sich vor allem durch eine Dominanz privater, nichtstaatlicher Akteure (Warlords, lokale Milizen, private Sicherheits- und Militärfirmen) aus, die in entstaatlichten, gewaltoffenen Räumen interagieren (vgl. Reno 1999; Elwert 1999; Riekenberg 1999; Duffield 2001).[26] Neben der strukturellen Problematik defekter Staatlichkeit weisen substaatliche Kriege häufig eine „entgrenzte" transnationale Dimension auf, die über die Verfestigung von Kriegssituationen durch Gewaltmärkte in eine zunehmend globalisierte Kriegswirtschaft führt. Die Eigendynamik von Kriegsökonomien verändert das Verhältnis von Politik und Ökonomie und entfaltet eigene Handlungslogiken (vgl. u.a. Kaldor 1999; Keen 2000; Chojnacki/Aust 2003). Münkler zieht aus diesen komplexen Wechselbeziehungen den Schluss, dass „der Staat nicht mehr der selbstverständliche Monopolist des Krieges ist" (2001: 222; vgl. auch Münkler 2002: 7ff).

Empirisch lässt sich nachweisen, dass tatsächlich eine zunehmende Anzahl von Fällen in die Klasse der substaatlichen Kriege fällt – und sie von herkömmlichen innerstaatlichen Befreiungs- und Revolutionskriegen unterscheidbar sind. Erste empirisch-systematische Untersuchungen belegen jenseits der Illustration von Einzelfällen und subjektiven Evidenzerlebnissen (Kaldor 1999; Münkler 2002), dass etwa ein Sechstel aller Kriege seit dem Ende des

---

[24] Ungeachtet theoretischer und methodischer Differenzen gibt es über diese Entwicklungen in der vergleichenden Kriegsursachenforschung einen breiten, empirisch fundierten Konsens (vgl. Holsti 1996; Chojnacki 2002b; Gleditsch et al. 2002; Schlichte 2002).

[25] Im Mittelpunkt der Debatte über den Wandel des Krieges stehen der Begriff und das Konzept „neuer Kriege" der Politökonomin Mary Kaldor (Kaldor 1999). Aufbauend auf einer simplen diachronen Typenbildung unterscheidet sie „alte" und „neue" Kriege. Dahinter steht die Annahme des Wandels von alten, zwischenstaatlichen Kriegen zu neuen, transnationalen Kriegen im globalisierten Zeitalter. Kaldor entwickelt zwar keinen kohärenten theoretischen Ansatz, benennt aber in ihrer Argumentation klassifizierbare neuartige Elemente des gewaltsamen Konfliktaustrags im globalisierten Zeitalter. Jüngst ist auch Herfried Münkler (2002) dem „Ruf" der „neuen" Kriege erlegen. Im Unterschied zu Kaldor verweist er aber stärker auf die historischen Prozesse der Verstaatlichung und Entstaatlichung politischer Gewalt, die von einer Kriegsform zur anderen führen. In den heutigen „Staatszerfallskriegen" zeigen sich dann nach Münkler die gleichen Merkmale der Privatisierung, Ökonomisierung, Sexualisierung und Brutalisierung, die den Krieg in vormoderner Zeit ausgezeichnet habe (Münkler 2002: 131-173).

[26] Als Protagonisten „neuer Kriege" gelten vor allem die *Warlords*, d.h. lokale oder regionale Kriegsherren, die zugleich die Profiteure dieser Entwicklungen sind, indem sie sich und ihre Aktivisten direkt über den Modus der Gewalt finanzieren (vgl. Elwert 1999: 86; Riekenberg 1999). *Warlordfigurationen* vereinen unternehmerische, politische und militärische Logiken (Münkler 2002: 161) und setzen Gewalt in gewinnbringend organisierter Form für die Kontrolle von Märkten und sozialen Beziehungen ein (Riekenberg 1999: 188ff).

Zweiten Weltkrieges substaatliche Kriegsmerkmale aufweisen (Chojnacki 2003).[27] Es handelt sich zwar nicht um eine dominante Form des Krieges. Doch hat ihre Bedeutung in den letzten drei Jahrzehnten stetig zugenommen: von etwa fünf Prozent in den 1970er Jahren über eine Verdoppelung in den 1980er Jahren bis zu knapp einem Viertel aller pro Jahr geführten Kriege seit dem Ende des Ost-West-Konflikts. Weil partieller oder völliger Staatszerfall kein Sonderfall, sondern ein strukturelles Problem im gegenwärtigen internationalen System ist (vgl. Jackson 1990; Reno 1999; Duffield 2001), ist nicht zu erwarten, dass dieser Kriegstypus in der näheren Zukunft an Bedeutung verliert.

Was haben diese Entwicklungen mit der Frage von Demokratie und Krieg zu tun? Die Veränderungen im globalen Kriegsgeschehen gehen einher mit einem fundamentalen Wandel von Ordnungsvorstellungen, insbesondere demokratischer Staaten, der auch eine veränderte sicherheitspolitische Praxis im Umgang mit Gewaltrisiken beinhaltet. Deutlich wird dies zunächst in der internationalen Praxis multilateraler, „humanitärer" Interventionen (vgl. Finnemore 1998, 2000; Cronin 1998; Chojnacki/Eberwein 2000). Aber auch drei weitere Entwicklungen spielen hier hinein: erstens die Zusammenarbeit westlicher Demokratien mit lokalen Bodentruppen wie den Warlordfigurationen der Nordallianz in Afghanistan, zweitens der Rückgriff auf *Private Military Companies* (PMCs) und *Private Security Companies* (PSCs), drittens die Vision eines „automatisierten Schlachtfeldes" (Lock 2002: 129) im Rahmen einer *Revolution in Military Affairs* (RMA). Die RMA verändert das Bild des Krieges technologisch und schafft neue Optionen militärischer Interventionen (u.a. zielgenaue Luftangriffe, seegestützte Lenkflugkörper, kleine Spezialeinheiten).[28] Damit bieten sich militärstrategisch überlegene Optionen, die in kurzer Zeit bei relativ geringem Opferrisiko Erfolg versprechen. Daneben können kommerzielle, private Sicherheitsdienstleister überall dort eingesetzt werden, wo die internationale Gemeinschaft aufgrund politischer Widerstände, fehlender strategischer Interessen oder aufgrund des hohen politischen und militärischen Risikos nicht eingreifen kann bzw. will. Auch wenn das Söldnerwesen so alt wie der Krieg selbst ist und in der

---

[27] So empirisch aufschlussreich viele Schilderungen zu „neuartigen" Phänomen der Gewalt auch sein mögen, die bisher vorliegenden, eher amorphen Konzepte und Erklärungsansätze zu „neuen Kriegen" (Kaldor 1999; Münkler 2002) präsentieren insgesamt eher eine additive Zusammenstellung einzelner Aspekte. Sie sind jedoch weder theoretisch-konzeptionell angeleitet noch bieten sie die empirisch-systematische Herausarbeitung umfassender Trends, die Identifikation zentraler Wirkungsmechanismen oder Erklärungen über das Zusammenspiel von unabhängigen, intervenierenden und abhängigen Variablen (vgl. Chojnacki/Aust 2003). Das ‚illustrative' Vorgehen und die Verwendung theoretischer Versatzstücke lässt eine Verallgemeinerbarkeit derzeit noch nicht zu.

[28] Dass moderne Luftkriegsstrategien nicht immer den ihnen unterstellten Erfolg haben, zeigt der Versuch der „sauberen Erzwingungsstrategie" im Kosovo: trotz massiver Luftangriffe ist die jugoslawische Armee nur geringfügig geschwächt worden (vgl. Lock 2002: 137).

Phase der Entkolonialisierung eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte, so ist seit dem Ende des Kalten Krieges eine zunehmende Anzahl privater Sicherheits- und Militärfirmen in militärischen Konfliktzonen aktiv oder beratend tätig (vgl. Shearer 1998; Singer 2001, Taulbee 2002). Der quantitative und qualitative Wandel resultiert sowohl aus der Unfähigkeit zahlreicher Herrschaftssysteme, Sicherheitsfunktionen hinreichend befriedigend wahrzunehmen, als auch aus den Veränderungen im internationalen System (Zusammenbruch der militärischen Organisation des kommunistischen Blocks, Reduktionen militärischer Kapazitäten im transatlantischen Raum), die den Markt für qualifizierte Militärs und verfügbare Waffensysteme auf dem privaten Sektor vergrößerten. Operativ bewegt sich diese Akteursgruppe entlang einer Bandbreite, die von legalen Aktivitäten, die mit dem internationalen Völkerrecht kompatibel sind (Unterstützung von Friedensmissionen, Sicherungsaufgaben bei humanitären Notsituationen) über eine nichtregulierte oder nur schwer erfassbare Grauzone (militärische Ausbildung, Entsendung von Militärexperten) bis hin zu eindeutig illegalen Aktivitäten reicht (Beteiligung an bewaffneten Konflikten auf Seiten der Kriegsparteien oder zur Sicherung der Interessen externer Staaten und multinationaler Unternehmen).[29] Demokratien sind hier nicht nur als Auftraggeber, sondern auch an der Lizenzvergabe beteiligt. Ein prominentes Beispiel ist MPRI (Military Professional Resources Inc.). Das 1987 gegründete US-Unternehmen, dessen Personalliste sich wie ein „Who's Who" ehemaliger Generäle und Admiräle der US-Armee liest und dessen Auslandseinsätze von State Department lizensiert werden müssen, ist weltweit in zahlreiche lokale und regionale Konflikte involviert (Shearer 1998). In der Konsequenz beeinflusst die Beteiligung dieser kommerziellen Sicherheitsanbieter die militärischen Kräfteverhältnisse – und so auch die Konfliktdynamik. Der Privatisierung der Kriegsführung steht dann – zumindest ansatzweise – eine Teilprivatisierung der Sicherheitspolitik und der Friedensschaffung gegenüber, an der demokratische Staaten nicht unbeteiligt sind. Der qualitative Wandel des Krieges und die gewandelten strategischen Handlungsoptionen demokratischer Staaten befinden sich so in einer nicht zu unterschätzenden Wechselbeziehung, die dann nicht zuletzt auch die theoretischen Erklärungen zum militärischen Konfliktverhalten von Demokratien beeinflussen.

---

[29] Kritisch ist die dabei entstehende Grauzone. Besonders deutlich wird diese bei PMCs wie *Betac* (USA), die im staatlichen Auftrag verdeckte Operationen im Ausland durchführen und dabei teilweise auch Kontakte zu Geheimdiensten als Subunternehmer haben (u.a. CIA).

3. Selektionseffekte

Wenn danach gefragt wird, warum Demokratien auf alte und neue Sicherheitsrisiken in ihrer internationalen Umwelt – ähnlich wie andere Regimetypen – mit militärischen Mitteln reagieren, aber eben nur *bestimmte* Kriege führen und nur in *bestimmte* laufende inner-, sub- oder zwischenstaatliche Dispute eingreifen, dann zeichnet sich innerhalb der Kriegsursachenforschung ein Erklärungsansatz ab, der auf unterschiedliche *Selektionseffekte* abhebt. Siverson (1996) etwa unterscheidet zwei Effekte, die auf die Wahl der Konfliktgegner und die strukturellen Umfeldbedingungen gerichtet sind – und damit die Entscheidung über die Form des Konfliktverhaltens bestimmen. Erstens wird unterstellt, dass sich Initiatoren von Krieg in aller Regel solche Staaten als Konfliktgegner auswählen, von denen sie glauben, dass sie besiegbar sind. Dies entspricht der Logik, dass Staaten versuchen, Kriege auch zu gewinnen; daher nur dann Krieg führen, wenn die Aussicht auf Gewinn bzw. der erwartete Nutzen hinreichend groß ist (vgl. Bueno de Mesquita 1981; Bueno de Mesquita/Lalman 1992; Reiter/Stam 2002). Zweitens wird angenommen, dass die Angreifer von Kriegen bzw. militärischen Konflikten solche Staaten als Opfer wählen, von denen sie erwarten, dass sie im Kriegsfall keine Allianzpartner finden. Dies bedeutet: „the wars we see in history are a biased sample of wars that were selected by the initiator from all possible wars because it had the expectation of winning“ (Siverson 1996: 116).

Reiter und Stam (2002) führen die Selektion von Konfliktgegnern und die Prämisse der Gewinnbarkeit von Kriegen vor allem auf die erhöhte Sensibilität demokratisch gewählter Regierungen gegenüber den antizipierten Kosten des Krieges und der Abhängigkeit vom politischen Konsens zurück (Reiter/Stam 2002; vgl. auch Reiter/Stam 1998). Demokratische Eliten sind demnach nicht *per se* gewaltaversiver als autoritäre Herrscher, sie müssen ihre Entscheidungen aber sorgsamer abwägen und gegenüber der Öffentlichkeit rechtfertigen. Dies entspricht der institutionell-strukturellen Erklärungsvariante des demokratischen Friedens, die auf die Funktion bzw. Wirkung interner Zwänge und struktureller Barrieren abhebt (politische Partizipation, politischer Wettbewerb, Schwerfälligkeit und Komplexität der Entscheidungsprozesse), die der Entscheidung über den Einsatz militärischer Gewalt entgegenstehen (vgl. u.a. Bueno de Mesquita/Lalman 1992; Russett 1993; Ray 1995). Das Kostenargument und institutionell-strukturellen Restriktionen haben demnach zur Folge, dass demokratische Staaten lange Kriege zu vermeiden suchen und solche militärischen Strategien wählen, die die Aussicht auf Erfolg erhöhen und die eigenen Kosten (effiziente Kriegführung, geringe Opferzahlen) wie auch Opfer unter der Zivilbevölkerung des Gegners möglichst gering halten. Die

Sensibilität gegenüber eigenen Opfern ist gleichzeitig eine der kritischen Achillesversen demokratischer Staaten. Je geringer nämlich die Kosten und Opferzahlen gewaltsamer Außenpolitik gehalten werden können, desto eher können Kriege und militärische Interventionen in demokratischen Entscheidungsprozessen durchgesetzt werden (Risse-Kappen 1994: 170; Müller 2002).

Auf der Grundlage einer spieltheoretisch angeleiteten Erklärung und der rationalistischen Prämisse strategischen Handelns, dass auch demokratische Regierungen im Amt überleben wollen, präsentieren Bueno de Mesquita et al. (1999) ein weiteres doppeltes Argument: Weil demokratische Systeme relativ große *winning coalitions* materiell entlohnen müssen, wagen sie nur dann, Krieg zu beginnen und zu führen, wenn die Erfolgsaussichten hoch genug sind. Diese steigen dann in dem Maße, in dem es gelingt, ausreichend Ressourcen zu mobilisieren. Kriege mit geringen Erfolgsaussichten werden dagegen gemieden, weil die gewählte Regierung bei einer militärischen Niederlage fürchten muss, dass diese den Amtsverlust nach sich zieht. Dieser Mechanismus der Bereitschaft zur Investition und äußerster Härte macht es dann für nichtdemokratische Regime unattraktiv, Demokratien anzugreifen (vgl. auch Pickering 2002).[30]

Auf der Folie dieser Argumentationslinien ergibt sich für Demokratien eine Präferenz zugunsten militärisch asymmetrischer und kleiner, begrenzter Kriege, die gesellschaftlich leichter durchsetzbar und legitimierbar sind. Dass politische Entscheider in Demokratien dabei nicht auf eine gezielte medienpolitische Steuerung der öffentlichen Meinung verzichten, die die Zustimmung zum Einsatz militärischer Gewalt erhöhen soll, demonstrieren die Manipulationsstrategien im Zweiten Golfkrieg und der Kosovokrise. Allerdings funktionieren diese Effekte nur solange und verlässlich, wie ein schneller Sieg bei geringen eigenen und fremden zivilen Kosten errungen wird. Länger andauernde militärische Einsätze oder gar Gewalt gegen die Zivilbevölkerung und die Unverhältnismäßigkeit der eingesetzten Mittel (wie etwa in Vietnam oder im Kosovo) erhöhen die Opposition gegen den Krieg. Trotz anfänglicher gesellschaftlicher Unterstützung (*rally-round-the-flag*-Effekt) geraten auch demokratische Regierungen mit zunehmender Dauer militärischer Konfrontationen innenpolitisch unter Druck.

---

[30] Geschieht dies dennoch, wie im Falkland/Malvinas-Krieg zwischen Argentinien und Großbritannien, dann dürfte das Kalkül der geographischen Entfernung auf argentinischer Seite keine unwichtige Rolle gespielt haben. Bestätigt wird das Argument der Mobilisierung großer Ressourcen auf Seiten der Demokratie, zumal eine Niederlage wohl das Ende der konservativen Regierung Thatcher bedeutet hätte.

So einleuchtend die strukturell-institutionellen Erklärungsversuche, die Überlegungen zu Gewinnerwartung und Selektionseffekten auf den ersten Blick sind, so offen ist die Frage nach dem Einfluss fehlender bzw. alternativer Erklärungsfaktoren. Angesichts der Beobachtung, dass erstens nur sehr wenige demokratische Staaten an zwischenstaatlichen und extrastaatlichen Kriegen beteiligt sind und zweitens nur wenige Demokratien über die Fähigkeit verfügen, Kriege zu führen oder militärisch zu intervenieren, muss gefragt werden, warum eine gewaltarme demokratische Außenpolitik nur bei einer kleinen Gruppe von relativ starken Staaten nicht funktioniert. Welche Mechanismen oder gesellschaftlichen Kräfte begünstigen gewaltsame Konfliktbearbeitungsstrategien im internationalen Umfeld?

Zunächst einmal kann auch in demokratischen Systemen nicht ausgeschlossen werden, dass partikulare Interessengruppen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse gewinnen. Zwar sind Wettbewerb und Offenheit zentrale Definitionsmerkmale demokratischer Institutionen – und werden dementsprechend von der hier verwendeten Polity-Definition auch abgebildet. Damit ist aber sogleich auch eine Achillesferse benannt. Wenn nämlich sektorale Interessengruppen wie der militärisch-industrielle Komplex oder global operierende Unternehmen (etwa auf dem Energiesektor) über einen hohen Organisationsgrad und entsprechende Durchsetzungsfähigkeit im politischen Wettbewerb verfügen, dann steigt ihr Einflussgrad auf den Entscheidungsprozess der Exekutive. Während Müller (2002: 59) daraus den Schluss zieht, dass der demokratischen Wettbewerb nicht zuletzt jene Kräfte begünstige, „deren Interessen der Tendenz des demokratischen Friedens zuwiderlaufen“, hält Czempiel (1996, 2002) diese Demokratien schlichtweg für unterentwickelt oder deformiert.

Neben dem Problem der Durchsetzung sektoraler Interessen stellt sich die Frage, welche Bedeutung Großmachtstatus, relative Macht oder Allianzen auf die Entscheidung der Gewaltanwendung haben. Evident ist, dass das empirische Ergebnis ohne die Großmächte USA, Frankreich und Großbritannien ein anderes wäre. Neben der höheren Interaktionsdichte im internationalen System (verglichen mit anderen Demokratien) dürften der außenpolitische Gestaltungsanspruch und der damit verbundene Wille zur Machtprojektion sowie die Konflikterfahrung, Krieg als ein Mittel der Politik anzusehen und einzusetzen, ausschlaggebende Faktoren sein. Auch die zwei anderen „Hauptverantwortlichen“ für die Klasse zwischenstaatlicher Kriege – Israel und Indien – weisen nicht nur eine spezifische Bereitschaft der Gewaltanwendung auf, sondern verfügen über die notwendigen militärischen und technologischen Fähigkeiten. Darüber hinaus sind beide Demokratien in zwischenstaatliche oder regionale

Rivalitäten (*enduring rivalries)* und ein labiles regionales Umfeld eingebunden.[31] Studien zu zwischenstaatlichen Rivalitäten belegen, dass außer diesen beiden Staaten seit 1946 nur wenige andere Demokratien (USA, Großbritannien, Griechenland, Türkei) in Rivalitätsdispute verwickelt waren (vgl. Goertz/Diehl 1992; Bennett 1997). Nicht zu unterschätzen ist darüber hinaus der Faktor Allianzmitgliedschaft und -loyalität. Eine größere Gruppe von Demokratien beteiligt sich doch eher aus sicherheits- und/oder innenpolitischen Opportunitätserwägungen. Dies spiegelt zwar die Tendenz demokratischer Staaten zur Bildung von Sicherheitsallianzen wider (vgl. Gleditsch/Hegre 1997: 294), treibt aber natürlich die Beteiligung von Demokratien an militärischen Konflikten in die Höhe. Auch hier spielt dann wiederum die Bedeutung von Großmächten hinein. Ohne die Beteiligung nicht wenigstens einer Großmacht wäre eine derart hohe Beteiligungsquote, wie wir sie im Kosovo oder in Afghanistan beobachten konnten, eher unwahrscheinlich. Damit verbunden ist die Annahme, dass Demokratien, die in Allianzsysteme mit anderen demokratischen Staaten eingebunden sind, außenpolitisch in der Erwartung handeln, dass sie einem potenziellen Gegner nicht allein gegenüberstehen.

Allianzmitgliedschaft und großes Machtübergewicht (und die Fähigkeit zur Machtprojektion) sind dann generell wichtige Indikatoren für Gewinnerwartung und die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Sieges (vgl. Desch 2002: 7).[32] Tatsächlich sind die meisten Kriege demokratischer Staaten durch stark asymmetrische Konstellationen gekennzeichnet, bei denen die nichtdemokratischen Gegner militärisch und ökonomisch unterlegen waren (vgl. Gartzke 1998).[33] Dies entspricht der empirischen Beobachtung, dass nur einige wenige demokratische Staaten, die über die militärischen und ökonomischen Fähigkeiten verfügen oder in krisenanfällige Sicherheitsregionen eingebunden sind, Kriege auch tatsächlich vom Zaum brechen oder militärisch intervenieren. Zudem handelt es sich bei den relevanten Demokratien um eine äußerst geringe Anzahl der Grundgesamtheit. Von den Kriegen, aus denen demokratische Systeme siegreich hervorgingen, entfällt die Mehrzahl auf die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Israel. Aus dem *selection effect* wird so schnell ein *selection bias*. Dar-

---

[31] Das Konzept zwischenstaatlicher Rivalität basiert auf der Annahme, dass das Auftreten und die Eskalation militärischer Gewalt im Kontext vorangegangener militärischer Konflikte (Konfliktgeschichte) und der Erwartung über die Zukunft („shadow of the future“) steht (vgl. Goertz/Diehl 1992).

[32] Desch (2002) äußert eine prinzipielle Skepsis an dem „triumphalistischen“ Befund. Die Korrelation von Demokratie und Krieg beruhe im Wesentlichen auf einer problematischen Datenlage, methodischen Defiziten und einseitigen Tests zugunsten des Demokratiearguments (Desch 2002: 12ff).

[33] Umstritten ist, welchen Einfluss die Mobilisierung ökonomischer Kapazitäten auf die Kriegs- und Gewinnwahrscheinlichkeit hat. Während Lake (1992) argumentiert, dass die Effizienz und der Wohlstand demokratischer Ökonomien ein wesentliches Kriterium sei, kommen Kugler und Domke (1986) zu dem Ergebnis, dass Demokratien keinen Vorsprung gegenüber anderen Regimetypen in der Mobilisierung von Ressourcen zu Kriegszeiten haben.

über hinaus beinhalten der Selektionseffekt und das unterstellte Kostenkalkül keinen Freibrief für die Anwendung militärischer Gewalt. Demokratien können sich nicht alles erlauben, sondern sind auf Bedrohungskonstruktionen angewiesen, um die Gesellschaft von der Notwendigkeit eigenen Handelns zu überzeugen. Wie wichtig dieser Faktor ist, belegt die britische und US-amerikanische Konstruktion der Bedrohungsfaktoren „Massenvernichtungswaffen" und „internationaler Terrorismus" im Krieg gegen den Irak 2003, die sich innenpolitisch und international besser kommunizieren ließen als „Regimewechsel", „ökonomische Interessen" und „regionale Neuordnung". In Gang befindliche gewaltsamer Konflikte, das Vorhandensein systematischer Menschrechtsverletzungen in nichtdemokratischen Staaten und eine angemessene Bedrohungskonstruktion erleichtern Demokratien die Rechtfertigung für militärische Interventionen.

Entscheiden sich Demokratien zur Anwendung militärischer Gewalt, dann sind auch sie nicht vor Niederlagen gefeit. Gewinnerwartung und strategisches Handeln schließen nicht *per se* aus, dass Akteure sich irren können. Theoretisch denkbar ist, dass Entscheidungsträger über falsche Einschätzungen von Ziel-Mittel-Verhältnissen ungeplante und unerwünschte Resultate erzielen oder dass rationale Entscheidungen unter bestimmten situationsabhängigen Bedingungen suboptimal sein können (vgl. Cusack/Stoll 1990). Anders formuliert: es gibt bei aller Wertschätzung strategischen Denkens keine Sicherheit, dass Kriege im Endeffekt gewonnen werden (vgl. Wang/Ray 1994). Im Hinblick auf asymmetrische Konfliktkonstellationen formuliert Mack (1975) in diesem Zusammenhang das Argument, dass selbst Großmächte Kriege gegen Kleinstaaten verlieren können, wenn die Großmacht keine direkte Bedrohung der territorialen Integrität fürchten muss, der kleinere Staat dagegen schon. Die möglichen Asymmetrien in der Bedrohungsperzeption erhöhen hier, so das Argument, den Behauptungswillen und die Mobilisierungsfähigkeit von Ressourcen des kleineren Konfliktakteurs (vgl. auch Stein 1978).[34] Dass der Selektionseffekt bei gleichzeitigem Machtübergewicht nicht in allen Fällen empirisch gestützt wird, belegt mit Nachdruck der Vietnamkrieg. Insofern lohnt es sich, den Gedanken von Czempiel (1996) nicht aufzugeben, der die strategische Inkompetenz der Akteure und die damit verbundene Eigendynamik der Interaktion großer Kollektive als eine zentrale Gewaltursache ausmacht. Verknüpft man dies noch mit dem Gedanken der Prozessdynamik militärischer Gewalt, dann erscheint es äußerst problematisch,

---

[34] Aus anderer Perspektive argumentiert Bueno de Mesquita (1985), dass es für kleinere Staaten durchaus subjektiv rational sein kann, militärische Konflikte mit Großmächten zu wagen, wenn im negativen Fall die Kosten einer Kapitulation hinreichend hoch sind: „[R]ational actors can choose to wage war even when their subjective (or real) prospects of victory are very small if they care enough about the issues in question" (Bueno de Mesquita 1985: 157).

Aufwand, Verlauf und innenpolitischen wie internationalen Ertrag militärischer Gewalt genau zu kalkulieren. Stuart Bremer etwa reflektiert die Eskalation militärischer Konflikte bis hin zum Krieg als einen mehrstufigen, interdependenten Vorgang, „in which the final outcome is not foreordained but rather dependent upon the sequence of actions that occur as the conflict unfolds“ (Bremer 1995: 13). Wird theoretisch unterstellt, dass Kriege die Resultate interdependenter Entscheidungen von zwei oder mehreren Konfliktakteuren sind (Bueno de Mesquita/Lalman 1992) und dass es *multiple paths to war* gibt (Bremer 1995; Vasquez 1993; Chojnacki 1999), dann stellt sich die Frage, welche Faktoren die Eskalation zum Krieg begünstigen und warum manche Konflikte unterhalb der Kriegsschwelle bleiben – andere sich hingegen zu großen Regional- oder Weltkriegen entwickeln. Mit der simplen Dichotomisierung Krieg/Frieden lässt sich dieses Puzzle nicht einfangen. Allerdings widerlegt diese Prozessperspektive noch nicht die theoretische Annahme Bueno de Mesquitas (1981, 1992), dass Akteure so handeln, „als ob“ sie über nutzenbringende und erfolgreiche Strategien verfügen würden. Es ist dann vielmehr der „falsche Optimismus“ und die „Illusion des Sieges“ (van Evera 1999), der die Schritte zur Gewaltanwendung forciert. Dabei sollte auch politischen Entscheidern beim Blick in verfügbare Kriegelisten schnell klar werden, dass eindeutige, autoritative Entscheidungen die Ausnahme sind. Und selbst wenn Demokratien militärisch triumphieren, dann bedeutet dies nicht, dass sich das Konfliktverhalten automatisch in politische Siege ummünzen lässt – wie die Wahlniederlage der ersten Bush-Administration nach dem Zweiten Golfkrieg zeigt.

Schließlich vernachlässigen die angeführten Erklärungsansätze normativ-kulturelle Faktoren. Die normativ-kulturelle Theorievariante des demokratischen Friedens unterstellt, dass Demokratien wechselseitig ein Set gemeinsamer Normen, Regeln und Praktiken teilen, die in den Interaktionen untereinander eine pazifizierende Wirkung entfalten (vgl. Russett 1993; Risse-Kappen 1994). Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang insbesondere das konstruktivistisch angeleitete Argument, dass Demokratien in ihrem Außenverhalten nicht nur lernen, mit wem sie es zu tun haben, sondern auch unterstellen, dass sich nichtdemokratische Systeme weniger an internationale Normen gebunden fühlen und innerstaatlich wie zwischenstaatlich ein größeres Gewaltrisiko aufweisen. Thomas Risse macht hierfür die mit der Perzeptionsdifferenz verbundene Herausbildung unterschiedlicher Verhaltensnormen verantwortlich: während Demokratien untereinander die internen, kompromissorientierten Verfahrens- und Regelungsmechanismen externalisieren, gehen sie gegenüber nichtdemokratischen Regimen von der Prämisse der Feindseligkeit aus (Risse-Kappen 1994: 160). Es kommt zur so-

zialen Konstruktion von Gegnerschaft. Berücksichtigt man den empirischen Befund, dass autoritäre Regime *per se* eben nicht aggressiver als demokratische Staaten in der internationalen Politik agieren, dann gewinnt das Argument der sozialen Konstruktion von Gegnerschaft und die gelernte Regel, vom unterstellten Gewaltpotenzial der Herrschaftsform auf außenpolitisches Konfliktverhalten zu schließen, an Klarheit. Zum kritischen Faktor wird dann nicht eine *objektive* aggressive Außenpolitik autoritärer Regime, sondern die *subjektive* Bedrohungswahrnehmung von Werten und Identitäten auf Seiten demokratischer Systeme. Die Kategorisierung von „Schurkenstaaten" (*rogue states*), die Beschreibung der „Achse des Bösen" oder die Erklärung des „Kriegs gegen den Terror", die von US-amerikanischer Seite aufgegriffen und als Rechtfertigungen für militärische Interventionen instrumentalisiert werden, sind nur die aktuellsten Beispiele für die soziale Konstruktion von Gegnerschaft. Verbunden ist dies mit der Problematik des Vorhandenseins einer *offensiven* Sicherheitskultur. Demokratien teilen zwar gemeinsame Interessen, Werte und Normen. Diese sind aber nicht der ausschließliche Referenzrahmen politischen Handelns, zwingen nicht automatisch zum uniformen Handeln und können zudem situationsbedingt strategisch eingesetzt bzw. verletzt werden (Shannon 2000; Schjølset 2001). Diese Gefahr besteht insbesondere dann wenn, wenn veränderte sicherheitspolitische Herausforderungen bei außenpolitischen Entscheidern eine Anpassung von Handlungsstrategien erforderlich erscheinen lässt oder eine gewandelte internationale Ordnungsstruktur eine unterschiedliche Auslegung von Normen bzw. den Rückgriff auf unterschiedliche Sets von Normen ermöglicht.

4. Sicherheits- und ordnungspolitischer Wandel

Wer die Kriege und militärischen Interventionen der Gegenwart erklären will, der muss den sicherheits- und ordnungspolitischen Anforderungswandel der internationalen Politik seit dem Ende des Ost-West-Konflikts berücksichtigen. So ist das Konfliktverhalten demokratischer Staaten im internationalen System einerseits mit dem empirisch problematisierten Wandel der Kriegsformen verbunden (vgl. Kap. 2.3), andererseits rückbezogen auf die veränderte Opportunitätsstruktur für kollektives Handeln und den übergreifenden normativen Wandel (Anspruch auf Durchsetzung der Menschenrechte, Demokratisierung). Veränderungen innerhalb der normativen Ordnungsstruktur sind jedoch nicht allein auf das Ende der bipolaren Systemstruktur zurückzuführen, sondern reichen – wie etwa bei der Diffusion von Menschrechtsnormen – teilweise weiter zurück (vgl. Risse et al. 1999; Finnemore 2000). Verbunden ist

damit die generelle theoretische Annahme, dass Formen kollektiver Gewaltanwendung und der Charakter internationaler Ordnung in einer Wechselbeziehung stehen. Einerseits ist Gewalt ein strukturierendes Element sozialer Beziehungen und ein Faktor des Wandels des internationalen Systems (vgl. Holsti 1991; Daase 1999; Wendt 1999). Andererseits schaffen die strukturellen Bedingungen internationaler Ordnung spezifische Restriktionen für kollektive Konfliktbearbeitung, indem sie bestimmte Gewaltformen mehr oder weniger ermöglichen (Most/Starr 1989; Vasquez 1993).

Unmittelbar verdeutlich werden kann der sicherheits- und ordnungspolitische Wandel an der Verbreitung der Präventionsidee und der verstärkten Forderung nach Intervention bei systematischen, schwersten Menschenrechtsverletzungen und humanitären Notlagen (vgl. u.a. Czempiel 2000; Matthies 2000; Väyrynen, 2000; Chojnacki/Eberwein 2000).[35] Lässt sich Prävention in der Phase des Kalten Krieges noch als ein Synonym für „präventive Diplomatie“ im Sinne primär reaktiv ausgerichteter Strategien des militärischen Konfliktmanagements bzw. der zwischenstaatlichen Kriegsvermeidung in der bipolaren Staatenwelt verstehen, so hat dieses Konzept mit der von Boutros-Ghali auf den Weg gebrachten *Agenda for Peace* und der von Kofi Annan postulierten *Kultur der Prävention* einen systematischen Bedeutungswandel erfahren. Primär richtet sich die Aufmerksamkeit heute auf den Prozess- und Strukturcharakter inner- und substaatlicher Gewaltprozesse, was praktisch externe Einmischungsstrategien voraussetzt – und militärisches Handeln nicht ausschließt. Von den globalen und regionalen Sicherheitsinstitutionen (Vereinte Nationen, EU, NATO, OSZE) wird Prävention dementsprechend als ein komplexes Konzept verstanden, das von der Verhütung der Gewalteskalation über die Friedenserzwingung bis hin zur Friedenskonsolidierung (*post-conflict-reconstruction*) reicht – und damit neben der langfristigen strukturellen Prävention (*weiter Präventionsbegriff*) auch auf die Problematik der kurzfristigen, ereignisorientierten operativen Prävention (*enger Präventionsbegriff*) verweist.

Die Präventionseuphorie und der Gestaltungsoptimismus demokratischer Staaten ist in den 1990er Jahren zwar durch einige Rückschläge gebremst worden (u.a. Somalia, Ruanda, Jugoslawien). Es gibt aber bei den interventionsbereiten Demokratien keinen grundsätzlichen Zweifel an militärischen Interventionen als letztes sicherheitspolitisches Mittel präventiver

---

[35] Allgemein kann Prävention für die Internationale Politik und ihr Teilgebiet der Konfliktforschung definiert werden als „manipulative“ Beeinflussung, wenn nicht sogar als die Steuerung der Prozesse, die zur Gewaltanwendung und/oder zur Gewalteskalation führen (Chojnacki/Eberwein 2000). Dahinter steht die Annahme der Früherkennung und externen Manipulationsfähigkeit gesellschaftlicher Entwicklungen, die in militärische Konflikte umschlagen können. Man verspricht sich von Prävention die Wahrung bzw. Rückgewinnung der Gestaltungs- und Steuerungsfähigkeit der Politik.

Politik. So umstritten der Einsatz militärischer Gewalt völkerrechtlich und ethisch auch immer sein mag (vgl. u.a. Ipsen 1999; Preuß 1999; Thürer 2000)[36], es kann doch nicht ausgeschlossen werden, dass dieses Instrument unter bestimmten Bedingungen durchaus wirkungsvoll sein kann. Während international legitimierte, vom UN-Sicherheitsrat mandatierte Interventionen zum Schutz der Zivilbevölkerung und zur Eindämmung regionaler Sicherheitsrisiken (Flüchtlingsströme, Diffusion der Gewalt) noch am unproblematischsten sind[37], stellen Interventionen mit dem Ziel des Regimewechsels gegen „illegitimate states" (Cronin 1998), die größere politische und rechtliche Herausforderung dar.

Begründet werden diese Interventionen nicht mehr nur sicherheitspolitisch (regionale, internationale Stabilität), sondern normativ und damit ordnungspolitisch (Emanzipation der Gesellschaften, herrschaftliche Partizipation, Menschenrechte). Prävention und Intervention sind so nicht mehr nur Antworten auf die Herausforderungen gewandelter Gewaltformen, sondern stehen in Zusammenhang mit der normativen Zielvorgabe der Durchsetzung von Menschenrechtsnormen sowie der Verbreitung von Demokratie und liberalen Werten. Dies geht einher mit veränderten Standards über die Qualität innerstaatlichen und internationalen Regierens und akzeptablen Verhaltens (vgl. u.a. Finnemore 2000; Risse et al. 1999). Die gewandelten Zielvorgaben haben dann auch Einfluss auf den Charakter und das Ergebnis der Intervention: Statt autoritativer Entscheidungen (Sieg, Niederlage) wird die Stabilisierung politischer und sozio-ökonomischer Rahmenbedingungen zum Ziel erhoben.

Eine theoretische Begründung für den normativen Anforderungswandel liefert Czempiel (2000). Er postuliert zunächst, dass das neue Jahrhundert ein „Jahrhundert der Vorbeugung" werden müsse, was eben mit der Pflicht zur „Intervention in die inneren Angelegenheiten" einhergehe. Czempiel leitet dann seine These der Pflicht zur Einmischung aus der allgemeinen Annahme einer vergesellschafteten Außenpolitik ab. Weil die politischen Systeme die gesellschaftliche Anforderung nach außenpolitischer Sicherheit erfüllen müssten und weil Demokratisierung zunehmend zur Norm werde – und damit zum einzig akzeptablen Standard politischer Herrschaft –, folge die Notwendigkeit einer aktiven Demokratisierungspolitik und damit das Interventionsgebot, d.h. die Einmischung werde aus Perspektive der Außenpolitik demokratischen Staaten zur Pflicht (Czempiel 1994, 2000). Prävention und Intervention sind dabei auch Ausdruck dessen, was Czempiel (1994) mit der politischen Metapher der verge-

---

[36] Gerade das Scheitern von Konfliktlösungsstrategien hat die Debatte über Sinn und Zweck militärisch gestützter humanitärer Interventionen neu belebt.

[37] Geburtshelfer der Erweiterung des Tatbestandes der Friedensbedrohung durch systematische Menschenrechtsverletzungen waren die Somalia- und Irakresolutionen der frühen 1990er Jahre (vgl. u.a. Preuß 1999).

sellschafteten Außenpolitik in der „Gesellschaftswelt“ zu umschreiben versucht. Intervention wird sowohl normativ (Emanzipation der Gesellschaften, herrschaftliche Partizipation) als auch ordnungspolitisch (Sicherheit, Stabilität) begründet. In der Konsequenz bedeute diese Entwicklung, dass das Gewaltmonopol nicht dazu missbraucht werden dürfe, interne Gewalt anzuwenden, um die gesellschaftliche Emanzipation und herrschaftliche Partizipation des Einzelnen zu unterdrücken. Wer diese beiden „Grundnormen“ (Czempiel 2000) verletze, wie die autoritären Regime in Bagdad und Belgrad oder die Taliban-Führung in Afghanistan, müsse mit der Einmischung in die inneren Angelegenheiten rechnen. Wenn sich jedoch derartige militärische Interventionen zu Prototypen von extern militärisch induzierten Regierungswechseln zur Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten entwickeln sollten (Czempiel 2002: 202), dann stellt sich gerade aus Sicht der liberalen Theorietradition die Frage, inwieweit dies dem selbstformulierten Anspruch auf eine gewaltarme demokratische Außenpolitik noch gerecht wird.

Ein weiteres entscheidendes Problem wird von Czempiel vernachlässigt. Zwar ist der Effekt wechselseitiger Demokratie im Sinne der empirischen Gesetzmäßigkeit des demokratischen Friedens unbestritten (vgl. Kapitel 2). Der politische Transformationsprozess dagegen, auch dies ist empirisch nachgewiesen, ist in der Regel mit höherer Gewaltanfälligkeit verbunden (Maoz/Abdolali 1989; Eberwein 1993; Mansfield/Snyder 1995). Damit entsteht die geradezu paradoxe Einsicht, dass Demokratie als normatives Ziel und Demokratisierung als außenpolitische Handlungsanweisung bzw. bewusst eingesetzte Präventionsstrategie die Wahrscheinlichkeit der Intervention und das Risiko der Gewalteskalation erhöht. Konfrontiert sind wir darüber hinaus mit dem Problem nichtintendierter Folgewirkungen für die Konfliktbearbeitung einerseits, die normative Struktur internationaler Ordnung andererseits (vgl. Chojnacki/Eberwein, 2000). Daher stellt sich für die internationale Politik wie für die Friedens- und Konfliktforschung die bislang unbeantwortete Frage, wie Demokratie im internationalen System so verbreitet werden kann, dass im Prozess der Demokratisierung das Gewaltrisiko reduziert bzw. gering gehalten werden kann. Darüber hinaus muss kritisch gefragt werden, ob der unterstellte Prozess des positiven *state building* und die Umsetzung von *good governance*-Kriterien angesichts fragmentierter Gesellschaften und divergierender Ziele wie fehlender Mittel der intervenierenden Staaten tatsächlich in Gang gesetzt oder gar dauerhaft aufrechterhalten werden kann.

Neben den nichtintendierten sicherheitspolitischen Folgen weist eine aktive Demokratisierungspolitik auch ein ordnungspolitisches Spannungsfeld auf: gerade demokratische Staa-

ten sind mit dem Spannungsverhältnis zwischen dem Gewalt- und Interventionsverbot auf der einen Seite und dem Schutz vor systematischen und schwersten Menschenrechtsverletzungen auf der anderen Seite konfrontiert. Dabei geht es um die Gewichtung fundamentalster Menschenrechte und humanitärer Prinzipien gegenüber dem in der UN-Charta verankerten Gewaltverbot und der Nichteinmischungsnorm. Ordnungs- und handlungspolitische Relevanz hatte diese Kontroverse etwa in der Kosovokrise. Während einige Völkerrechtler und völkerrechtlich orientierte Politikwissenschaftler eine eher rigide Auslegung des Gewaltverbots und der Nichteinmischungsnorm anmahnen und vor einer Aufweichung warnen (vgl. Preuß 1999), setzen sich andere für eine vorsichtige Öffnung des Regelsystems der Gewaltanwendung ein und argumentieren, dass zumindest schwere, systematische Menschenrechtsverletzungen wie Massenvertreibungen und Massentötungen eine Gefährdung, wenn nicht sogar Störung des Friedens darstellen (Ipsen 1999; Thürer 2000). Zudem wird kontrovers diskutiert, ob einzelne Staaten bei schwerwiegendsten Menschenrechtsverletzungen nicht auch ohne eine Ermächtigung des UN-Sicherheitsrates ein Interventionsrecht haben sollten. Ein Fall wie der Kosovokonflikt wirft so exemplarisch die Frage des individuellen oder kollektiven Handelns in Fällen schwerster Menschenrechtsverletzungen bei gleichzeitiger Handlungsunfähigkeit des UN-Sicherheitsrates auf.[38] Für die Staatengemeinschaft im allgemeinen, Demokratien im besonderen, ergibt sich hier ein Dilemma: wird das Auftreten von Gewalt hingenommen, stellt sich insgesamt das Problem der Glaubwürdigkeit für die Politik, die zwar deklaratorisch Menschenrechtsverstöße und Gewaltexzesse ablehnt, aber passiv die Ereignisse ihren Lauf nehmen lässt. Gerade demokratische Staaten können sich dem Druck nicht mehr einfach entziehen, ihrerseits diese Normen völlig zu ignorieren und sie nur deklaratorisch zur Legitimierung ihres Handelns heranzuziehen. Gleichzeitig besteht jedoch ein hohes Risiko, dass unter dem Deckmantel spezifischer Normen machtpolitische Ziele verfolgt werden oder dass Normen situationsbedingt unterschiedlich ausgelegt werden (vgl. Shannon 2000; Schjølset 2001). Humanitäres Engagement mag vielen Regierungen dabei als ein geeignetes Feigenblatt erscheinen, um konkrete militärische Einsätze zu legitimieren. Umgekehrt wird die mangelnde Bereitschaft der Staaten, bereits im Vorfeld von gewalttätigen Konflikten wie im Kosovo und in Ost-Timor zu handeln, durch humanitäres Engagement teilweise verschleiert. Die Interventionen der Vergangenheit belegen dann überdies, dass die Interventionsbereitschaft – positiv

---

[38] Thürer etwa argumentiert diesbezüglich, dass es „angesichts des modernen Standes der Völkerrechtsentwicklung“ nicht mehr ohne weiteres akzeptabel sei, dass „ein staatliches Terrorregime ungeahndet Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gravierende Verletzungen des humanitären Völkerrechts begehen kann, wenn etwa ein befreundeter Veto-Staat den Sicherheitsrat am Eingreifen hindert“ (Thürer 2000: 7).

wie negativ – einer innenpolitisch-medialen Logik gehorcht. Der vielbeschworene *CNN-Effekt* kann nicht nur humanitäres Engagement beschleunigen oder bremsen, sondern hat auch Einfluss auf das militärische Handeln bzw. Nicht-Handeln demokratisch gewählter Regierungen.

Demokratisierung als außenpolitische Strategie und handlungsanleitendes Leitmotiv vergrößert so nicht nur in vielen Fällen das Risiko der Gewalt, sondern erhöht auch die Wahrscheinlichkeit der Kriegsbeteiligung einzelner demokratischer Staaten (siehe u.a. Kosovo, Afghanistan). Verantwortlich dafür sind nicht zuletzt die Allianzbindungen von Demokratien, insbesondere die Norm des Multilateralismus (vgl. u.a. Finnemore 1998). Dass sich dabei auch Deutschland und die jüngeren osteuropäischen Demokratien wie Polen, Ungarn oder die Tschechische Republik beteiligen, deutet an, dass militärische Interventionen zur Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten auch von solchen Staaten zunehmend akzeptiert und umgesetzt werden, die in den letzten Jahrzehnten eher aversiv auf die Anwendung militärischer Gewalt in ihren Außenbeziehungen reagierten. In der deutschen Außenpolitik entsteht hier sogar ein fundamentaler Normenkonflikt mit dem Antimilitarismus, der neben dem Multilateralismus zu den außenpolitischen Grundnormen im Nachkriegsdeutschland zählte.

Doch so handlungsanleitend die Norm des Multilateralismus auch sein mag, Entscheider in demokratischen Systemen verletzen sie, wenn die internen und externen politischen Kosten akzeptabel erscheinen. Auch wenn eine aktive Demokratisierungspolitik und militärisches Engagement in sub- und innerstaatlichen Konfliktkonstellationen zunehmend multilateral durchgeführt werden (vgl. u.a. Cronin 1998; Finnemore 1998; Väyrynen 2000), so ist damit noch nicht gesagt, dass Formen des unilateralen, machtpolitischen Interventionismus völlig von der Bildfläche der internationalen Politik verschwunden sind. Die These, dass der humanitär begründete, multilaterale Interventionismus geostrategische oder ökonomische Interessen individueller intervenierender Staaten in den Hintergrund treten lasse (Finnemore 1998: 184), übersieht die nach wie vor existenten machtpolitischen Interessen interventionsfähiger Staaten, die unterschiedlichen sicherheitspolitischen Agenden demokratischer Staaten sowie die gewandelten Möglichkeiten militärischer Eingriffe unterhalb der Kriegsschwelle in Form von *special forces* oder privaten, kommerziellen Militärfirmen.

Das ohnehin latent vorhandene Spannungsfeld zwischen unilateraler Interessenpolitik und multilateraler Konfliktbewältigung innerhalb der Wertegemeinschaft westlicher Demokratien ist durch die Ereignisse vom 11. September 2001 noch einmal verstärkt worden. Zwar hat es in der US-amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik infolge der terroristischen An-

schläge keine völlige Neuorientierung gegeben, doch haben sich die bereits angedeuteten Verschiebungen in der globalen sicherheitspolitischen Agenda verstärkt (vgl. Walt 2001; Rhodes 2003; Kaldor 2003). Angesichts der perzipierten Sicherheitsbedrohung durch den transnationalen Terrorismus enthält die strategische Orientierung der Vereinigten Staaten ein verstärkt unilaterales Element. Multilaterales Handeln ist im Unterschied zur Außenpolitikorientierung europäischer Demokratien weniger Norm, sondern eine Strategie unter anderen (vgl. Kagan 2003, Risse 2003). Ausreichend erscheint eine *coalition of the willing*. Damit kann freilich der Verdacht nicht ausgeräumt werden, dass multilaterale Elemente wie Allianzbindungen oder der Einbezug internationaler Organisationen allein der Legitimationsbeschaffung dienen und so zum instrumentellen Feigenblatt hegemonialer Interessenpolitik zu degenerieren drohen. Weil jedoch die öffentliche Meinung in den USA reine unilaterale militärische Strategien der Regierung politisch bestrafen würde, ist ein Minimum an Multilateralismus mit der „Koalition der Willigen" unerlässlich.

Verbunden ist die Bereitschaft zum unilateralen Handeln der Vereinigten Staaten mit dem Ansatz einer präventiven und präemptiven Anwendung militärischer Gewalt zur Abwehr sicherheitspolitischer Risiken. Seinen strategischen Ausdruck findet dies in der *National Security Strategy* der *Bush-Administration* – der wohl nachhaltigsten Neuordnung US-amerikanischer Außenpolitik seit dem Ende des Ost-West-Konflikts. Im Zentrum der *Bush-Doktrin* steht das Recht zur antizipatorischen Selbstverteidigung bei unmittelbar bevorstehenden Gefährdungen, das die Politik der Eindämmung und Abschreckung ergänzen bzw. ersetzen soll, die angesichts neuer Sicherheitsgefährdungen nur noch bedingt geeignet sei. Neben dem globalen Geltungsanspruch amerikanischer Werte ist die Formulierung eines Rechtes zum *preemptive strike* alles andere als unproblematisch, zumal unklar ist, inwieweit damit auch präventive Kriege ermöglicht werden, mit denen antizipatorisch auf zukünftige Risiken reagiert werden soll. Normativ verknüpft die neue *grand strategy* das Ziel der globalen Durchsetzung demokratischer Normen und Werte mit dem Anspruch der Verantwortlichkeit für den Auf- und Ausbau einer liberalen internationalen Ordnung (vgl. Ikenberry 1999; Pickering/Peceny 2002; Rhodes 2003). Dass es von der theoretischen Denkfigur der *grand strategy* zur außenpolitischen Praxis nicht weit ist, zeigt die militärisch gestützte Politik des Regimewandels gegenüber dem Irak im Dritten Golfkrieg 2003, die mit dem Argument der regionalen Neuordnung verbunden wurde. Die Strategie der Demokratisierung basiert dabei auf der Annahme, dass der politische Charakter einiger Staaten ernsthafte Konsequenzen für die Fähigkeit der USA hat, ihre sicherheitspolitischen und ökonomischen Interessen zu wahren.

Gleichermaßen wird die Kategorisierung von *Schurkenstaaten* (*rogue states*) oder Beschreibung der *Achse des Bösen* instrumentalisiert, um militärische Interventionen zu rechtfertigen. In den transatlantischen Beziehungen droht dabei ein Grundkonflikt zwischen der sozialromantischen Vorstellung vom friedlichen Interessenausgleich, staatlichen Wiederaufbau, multilateraler Weltordnungspolitik und der Wirksamkeit völkerrechtlicher Normen und Regeln auf der einen Seite und unilateraler amerikanischer Macht- und Interessenpolitik auf der anderen Seite (vgl. u.a. Kagan 2003; Risse 2003). Dabei reagieren die Vereinigten Staaten auf asymmetrische Bedrohungen selbst mit Strategien der Asymmetrisierung, was nicht zuletzt auch in der Rückkehr zu Vorstellungen des gerechten Krieges deutlich wird (Münkler 2002: 240ff). Die Europäer dagegen wehren sich nur begrenzt gegen die partielle Durchlöcherung der Weltordnung – Czempiel (2002: 198) spricht in diesem Zusammenhang polemisch von einer strategischen Amnesie westlicher Regierungen und der Betäubung ihrer Gesellschaften.

Die Differenzen im transatlantischen Verhältnis sollten jedoch ebenso wenig über die normativen und interessenpolitischen Gemeinsamkeiten hinwegtäuschen (Risse 2003), wie über gemeinsame Widersprüche im selektiven Interventionsverhalten. Die unterschiedlichen Haltungen von Demokratien einerseits, ihr selektives Vorgehen gegenüber inner- und substaatlichen Gewaltexzessen andererseits, verdeutlichen, dass normative Orientierungen in vielen Fällen (vor allem im afrikanischen Raum) zwar für politisches Eingreifen sprechen, dem aber eine konsequentialistische bzw. rationale Handlungslogik gegenübersteht, die die Kosten höher einstuft als den erwartbaren Nutzen (vgl. Müller 2002: 61).

5. Fazit

Demokratie als Form politischer Herrschaft hat in der Vergangenheit zentrale Friedensleistungen erbracht. Dies wird – aller Voraussicht nach – auch so bleiben. So wissen wir erstens, dass Demokratien eine kooperativere Außenpolitik betreiben als andere Regimetypen (vgl. Leeds/Davis 1999) und aufgrund gemeinsamer Wohlfahrtsinteressen in komplexe Interdependenzbeziehungen eingebunden sind, die die Anwendung von militärischer Gewalt mit hohen Kosten sanktioniert (vgl. u.a. Oneal/Russett 1997). Zweitens haben sich im Kontext von Sicherheitsinstitutionen und Allianzen zunehmend institutionalisierte Formen der Konfliktbearbeitung etabliert (vgl. Dixon 1994). Demokratie als Herrschaftsform reduziert drittens das Risiko, angegriffen zu werden (Reiter/Stam 2000; Pickering 2002). Viertens schließlich sind demokratische Staaten wesentlich an der normativen Verregelung extra- und zwischenstaatlicher Kriege im internationalen System beteiligt. Die Irrelevanz extrastaatlicher Kriege im gegenwärtigen internationalen System ist nicht zuletzt auch auf die Anerkennung des Prinzips der Selbstbestimmung und die Innovation negativer Souveränität (Jackson 1990) zurückzuführen. *Last not least*, sollte nicht vergessen werden, dass die Regierungsform der Demokratie auch und vor allem der friedlichen Bearbeitung innergesellschaftlicher Konflikte dient – und hier einen zentralen Zivilisierungsbeitrag der Politik leistet.

In ihrem regionalen und internationalen Umfeld handeln Demokratien jedoch nicht zwangsläufig gewaltarm. Die hier diskutierten empirischen Befunde bieten so auch keine Bestätigung für die monadische Theorie des demokratischen Friedens. Bestätigt werden mehr oder weniger die Erkenntnisse früherer Studien, dass (einige) demokratische Staaten keinesfalls friedfertiger sind als andere Regime. Demokratien sind zwar im Vergleich zu autokratischen Regimen seltener in zwischenstaatliche Kriege verwickelt, was Demokratien in dieser Klasse von Krieg einen relativen Friedensvorteil einbringt. Sie weisen jedoch ein hohes Beteiligungsniveau an extrastaatlichen Kriegen auf und besitzen vor allem eines hohes Risiko der Beteiligung an militärischen Interventionen. Normative und strukturelle Restriktionen mögen die relative Friedensfähigkeit von Demokratien untereinander teilweise erklären, allein sind sie offensichtlich jedoch kein Garant für eine gewaltaversive Außen- und Sicherheitspolitik. Zudem vergrößert Demokratisierung als außenpolitische Strategie und handlungsanleitendes Leitmotiv nicht nur in vielen Fällen das Risiko des Krieges, sondern erhöht auch die Wahrscheinlichkeit der Kriegsbeteiligung einzelner demokratischer Staaten (u.a. Kosovo, Afghanistan). Je geringer die Kosten und Opferzahlen gewaltsamer Außenpolitik gehalten werden können bzw. je effizienter die Kriegführung ist, desto eher können Kriege und militärische

Interventionen in demokratischen Entscheidungsprozessen durchgesetzt werden. Dabei schaffen die „neuen“ Gewaltformen für die Staaten in der Welt des *demokratischen Friedens* eine scheinbar paradoxe Situation: Zwar ist die Antigewaltnorm in den Außenbeziehungen demokratischer Staaten untereinander weitgehend wirksam, dennoch können sie nicht ausschließen, zur Aufrechterhaltung relativer Stabilität, zum selbsterklärten Ziel der Durchsetzung der Menschenrechtsnormen, zum Schutz der Zivilbevölkerung in Konfliktgebieten und zur Ausbreitung von Demokratie Gewalt als Mittel der Konfliktregulierung einzusetzen. Die Anschläge vom 11. September 2001 haben dann die Begründungen für militärische Interventionen noch einmal verstärkt und verschärft: hinter dem humanitär begründeten Interventionismus, der dem demokratischen Gestaltungsoptimismus der frühen 1990er Jahre entsprang, kommt nun deutlicher eine sicherheitspolitische Prämisse zum Vorschein, die autoritäre Regime und defekte Staatlichkeit als Risiken einer liberalen internationalen Ordnung versteht. Dabei ist generell nicht auszuschließen, dass Demokratien durch interne und/oder externe Dynamiken eine Motivation zum gewaltsamen Austrag von Konflikten bzw. zur militärischen Einmischung in inner- oder substaatliche Gewaltkonflikte entwickeln (Müller 2002: 76).

Die empirischen Befunde auf der monadischen Ebene lassen auch die dyadische Theorievariante des demokratischen Friedens nicht unberücksichtigt, da die unterstellten Kausalmechanismen weitgehend identisch sind (vgl. Henderson 2002; Müller 2002). Wer die Theoriebildung auf diesem Gebiet vorantreiben will, muss nicht nur bestehende Ansätze, die auf der dyadischen Ebene ansetzen, synthetisieren (vgl. etwa Starr 1992; Risse-Kappen 1994), sondern die widersprüchlichen empirischen Teilbefunde auf einen Nenner bringen und die relevanten Ebenen analytisch integrieren.[39] Theoretisch ist die Debatte über die Friedensfähigkeit von Demokratien bei Weitem nicht ausgeschöpft. Zwei Kernelemente sind dabei zu beachten: erstens muss sich die Forschung von der Dichotomie Krieg/Frieden lösen und eine stärker prozesstheoretische Perspektive wählen (vgl. Bremer 1995), die die interdependenten Entscheidungssequenzen sichtbar werden lässt; zweitens gilt es das Konfliktmuster militärischer Interventionen theoretisch-konzeptionell zu integrieren. Damit verbunden ist dann einerseits die Frage nach dem Einfluss des Wandels normativer Ordnungsstrukturen im internationalen System, insbesondere nach der Wirkung von Menschenrechten und Demokratie.[40]

---

[39] Noch weitgehend unberücksichtigt ist dabei die Frage, ob und inwieweit postnationale Konstellationen internationalen Regierens (Zürn 1998) zur Aushöhlung demokratischer Institutionen beitragen und damit das Fundament des demokratischen Friedens unterhöhlen (vgl. kritisch Müller 2002: 60, 73f.).

[40] Theoretisch folgt daraus im übrigen, neorealistische Erklärungsargumente nicht automatisch aus den Augen zu verlieren. Paradoxerweise scheinen eine Reihe von Hypothesen gerade auch neorealistische Perspektiven zu stützen und zu erweitern (Maoz 1997: 193).

Hier könnten konstruktivistisch angeleitete, diskursanalytische Studien helfen, den Begründungs- und Bedeutungswandel militärischer Interventionen offen zu legen. Andererseits stellt sich das Problem des Wandels der Kriegsformen. Die Debatte zum Wandel des Krieges sollte nicht nur zur Kenntnis genommen werden, sondern neue Formen des Krieges müssen auch konzeptionell integriert werden. Dabei tragen demokratische Staaten durch ihr gewandeltes Konflikt- bzw. Interventionsverhalten und militär-strategischen Innovationen selbst zum Wandel des Krieges bei – und sorgen so dafür, dass der klassische Kriegsbegriff empirisch immer weniger der Wirklichkeit kollektiver Gewaltanwendung entspricht. Dies bedeutet gleichzeitig, sich kritisch mit den Grundlagen zentraler Begriffe und Konzepte der gegenwärtigen Kriegs- und IB-Forschung, insbesondere mit deren Bedeutungswandel, auseinander zusetzen (vgl. Chojnacki/Aust 2003).

Methodisch steht das Forschungsprogramm des demokratischen Friedens vor einer mehrfachen Herausforderung. Während die quantitative Kriegsursachenforschung einen unverzichtbaren Beitrag zur Etablierung der empirischen Regularitäten und Aufdeckung kausaler Pfade geleistet hat – und diesen für die Entschlüsselung zukünftiger Makrotrends und Korrelate auch weiter leisten wird und kann, drängen sich angesichts der geringen Fallzahl zwischenstaatlicher Kriege und auch militärischer Interventionen qualitative Forschungsstrategien an. Dabei stellt sich die Frage, ob und inwieweit *small-n*-Studien im Sinne vergleichender Fallstudiendesigns (vgl. u.a. Stern/Druckman 2000) aber auch formale, spieltheoretische Modellierungen (vgl. Bueno de Mesquita et al. 1999) den Entscheidungsmechanismen und normativen und/oder strukturellen Restriktionen (vgl. Risse-Kappen 1994; Czempiel 1996), alternativen Erklärungsansätzen und potenziellen Anomalien (vgl. Müller 2002) auf die Spur kommen. Quantitative und qualitative Ansätze stehen dabei in einem Komplementaritätsverhältnis und sollten nicht *per se* als konkurrierende bzw. sich ausschließende methodologische Orientierungen verstanden werden. Und so wie quantitative Forschung kein Teufelszeug ist, muss der Nutzen multi-methodischer Ansätze (vgl. Levy 2002: 361) weiter ausgelotet werden.

Neben den empirischen, theoretischen und methodischen Forschungsdesiderata impliziert die Analyse auch ein mehrfaches friedenspolitisches Risiko: wird erstens die Zahl der Opfer gering gehalten und können die Kosten des Krieges gesenkt werden, dann wird das utilitaristische Kosten-Nutzen-Argument zugunsten der Friedfertigkeit von Demokratien ausgehöhlt und der Widerstand der Bürger gegen Krieg als Mittel der Politik und gegen die Kosten der Rüstung tendenziell ausgehebelt (Müller 2002: 57). Darin sieht Müller zugleich eine

der *Antinomien des demokratischen Friedens*, die angesichts der Tendenzen zur Privatisierung von Sicherheit (vgl. Singer 2001) noch verstärkt wird. So führt die doppelte Motivation der Kosteneffizienz und Opferkalkulation – verbunden mit der zeitlichen Vorgabe, den Krieg möglichst schnell zu beenden – im militärisch-strategischen Bereich angesichts inner- und substaatlicher Kriege und veränderter sicherheitspolitischer Herausforderungen zum Einsatz modernster Strategien und Technologien (Luftangriffe, seegestützte Lenkflugkörper und kleine Spezialeinheiten) sowie zum Rückriff auf „lokale" Bodentruppen, die großräumige Bodenoffensiven vermeiden sollen, weil diese mit unkalkulierbaren Risiken und Kosten verbunden sind. Einen vergleichbaren Nutzen haben auch *Private Military Companies*, die vor allem dort eingesetzt werden, wo die Problembewältigung kein direktes staatliches Eingreifen opportun erscheinen lässt – insbesondere in strategisch irrelevanten Regionen und unübersichtlichen Kriegssituationen.[41] So entstehen keine „eigenen" Opfer, die Legitimation des Auftrags ist weniger gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen ausgesetzt, und das Risiko politischer Rechtfertigung wird kleingehalten. Der Rückgriff auf *Private Military Companies* und „lokale" Bodentruppen öffnet so neue Handlungsopportunitäten *jenseits* des klassischen zwischenstaatlichen Krieges und *unterhalb* massiver und direkter militärischer Operationen. Dabei kommt es infolge der Unterstützung fremder Truppen vor Ort sogar zu der paradoxen Situation, dass Warlords durchaus Chancen haben, zumindest kurzfristig zu Kooperationspartnern westlicher Demokratien aufzusteigen. Die „Illusion günstiger Kriege" (van Evera 1999: 30), kann politische Entscheider dabei zu außenpolitischen Handlungen verleiten, die sie normalerweise eher vermeiden würden. Dies gibt dann auch nur wenig Anlass, auf den pazifizierenden Effekt zu vertrauen, dass die Ausbreitung von Demokratien im internationalen System *per se* dessen Friedfertigkeit fördert.

Darüber hinaus besteht das doppelte Risiko, dass eine aktiv betriebene Demokratisierungspolitik nicht nur Gewaltprozesse beschleunigt, sondern dass unter dem Deckmantel von Demokratie und Menschenrechtsnormen machtpolitische Ziele militärisch durchgesetzt werden. Angesichts des Ausbaus der Fähigkeiten zu militärischen Interventionen, unilateraler Handlungsoptionen mächtiger Staaten und der vorhandenen machtpolitischen Asymmetrien im internationalen System einerseits, der Relevanz inner- und substaatlicher Gewaltkonflikte für die internationale Politik in Zeiten komplexer Interdependenz andererseits, gibt es wenig

---

[41] Hier stellt sich dann auch die Frage, welche Interessen die Staaten überhaupt an einer Regulierung des globalen Sicherheitsmarktes haben und wie die fehlende Transparenz dieses Marktes angesichts der Heterogenität der Sicherheitsfirmen und der globalen Marktmechanismen, die die Voraussetzungen für die Expansion dieses Sicherheitssektors schaffte, hergestellt werden kann.

Grund anzunehmen, dass militärische Interventionen in den kommenden Jahren an Bedeutung verlieren. Generell sind Macht und Interessen der Staaten auch im 21. Jahrhundert Merkmale internationaler Politik. Auch dass Demokratien mitunter zugunsten von Handelsinteressen mit „Schurken“ kooperieren und normative Ansprüche strategisch zurückstellen, ist kein neues Phänomen. Allerdings lassen sich normative Entwicklungen wie der selbstformulierte Anspruch westlicher Demokratien auf Einhaltung der Menschenrechte und Demokratisierung nicht mehr problemlos machtpolitisch auflösen. Und auch unilaterale Handlungsstrategien lassen sich auf Dauer nicht ohne große politische Kosten aufrechterhalten und durchsetzen.

Ein letztes friedenspolitische Risiko entsteht schließlich durch normen- und wertegestützte Abgrenzungsprozesse und kriegsfördernde Argumentationsmuster gegenüber nichtdemokratischen Systemen. Je mehr die normative Abgrenzung gegenüber potenziellen Gegnern demokratischer Staaten forciert wird und je weniger das Kostenargument bei hoher technologischer Überlegenheit zum Tragen kommt, desto größer wird dieses Risiko (vgl. Müller 2002: 58). Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass überlegene militärische Fähigkeiten, normative Orientierungen wie auch globaler Liberalisierungsdruck als potenzielle Bedrohung in nichtdemokratischen Staaten und Regionen wahrgenommen werden können – und damit einen *spiegelbildlichen Feindbildeffekt* und ein *demokratiespezifisches Sicherheitsdilemma* gegenüber der Welt des demokratischen Friedens schaffen (Müller 2002: 59-60). Der von Samuel Huntington prognostizierte *Kampf der Kulturen* droht so zur *self-fulfilling prophecy* der Außen- und Sicherheitspolitik westlicher Demokratien zu werden. Eine Politik des demokratischen Interventionismus könnte dann nicht nur eine Neuauflage bipolarer Strukturmerkmale nach sich ziehen, sondern würde die Demokratien auch mit unkalkulierbaren Sicherheitsrisiken konfrontieren und ihren selbstformulierten normativen Anspruch unterhöhlen.

6. Literatur

Bennett, Scott 1997: Measuring Rivalry Termination, 1816-1992, in: Journal of Conflict Resolution 41/2, 227-254.

Bennett, D. Scott/Stam, Allan C. 1998: The declining advantages of democracies: A combined model of war outcomes and duration, in: Journal of Conflict Resolution 42:344-366.

Bremer, Stuart A. 1992: Dangerous Dyads, Conditions Affecting the Likelihood of Interstate War, 1816-1965, in: Journal of Conflict Resolution 36: 2, 309-341.

Bremer, Stuart A. 1993: Advancing the Scientific Study of War, in: International Interactions 19: 1-2, 1-26.

Bremer, Stuart A. 1995: Advancing the Scientific Study of War, in: Bremer/Cusack 1995, 1-33

Bremer, Stuart A. 2000: Who Fights Whom, When, Where, and Why?, in: Vasquez, John A. (Hrsg.): What Do We Know About War?, Lanham, CO, 23-36.

Bremer, Stuart/Cusack, Thomas (Hrsg.) 1995: The Process of War. Advancing the Scientfic Study of War, New York.

Bueno de Mesquita, Bruce 1981: The War Trap, New Haven.

Bueno de Mesquita, Bruce/Siverson, Randolph M. 1995: War and the Survival of Political Leaders, A Comparative Study of Regimetypes and Political Accountability, in: American Political Science Review 89: 4, 841-855.

Bueno de Mesquita, Bruce/Lalman, David 1992: War and Reason, Domestic and International Imperatives, New Haven.

Bueno de Mesquita, Bruce/Morrow, James/Siverson, Randolph M./Smtih, Alastair 1999: An Institutional Explanation of the Democratic Peace, in: American Political Science Review 93: 4, 791-807.

Chan, Steve 1984: Mirror, Mirror on the Wall … Are the Freer Countries More Pacific?, in: Journal of Conflict Resolution 28: 4, 617-648.

Chojnacki, Sven 1999: Dyadische Konflikte und die Eskalation zum Krieg. Prozesse und Strukturbedingungen dyadischer Gewalt in Europa, 1816-1992, Freie Universität Berlin: Dissertation, Berlin

Chojnacki, Sven 2002a: Wandel der Kriegsformen: Die Dimensionen neuer, privatisierter Kriege, in: Die Kriege der Zukunft. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, epd-Dokumentationen 31/2002, 40-47.

Chojnacki, Sven 2002b, Kriege und Katastrophen im internationalen System. Empirische Entwicklungen und neue Herausforderungen, in: Eberwein, Wolf-Dieter/Runge, Peter (Hrsg.), Humanitäre Hilfe statt Politik? Neue Herausforderungen für ein altes Politikfeld, Münster et al.

Chojnacki, Sven/Aust, Björn 2003: Wandel der Kriegsformen im internationalen System. Erklärungsansätze und theoretische Implikationen. Wissenschaftszentrum Berlin P 03-302, Berlin, i. E.

Cronin, Bruce 1998: Changing Norms of Sovereignty and Multilateral Intervention, in: Lepgold/Weiss, 1998, 159-180.

Cusack, Thomas R./Stoll, Richard J. 1990: Exploring Realpolitik. Probing International relations Theory with Computer Simulation, Boulder.

Czempiel, Ernst-Otto 1996: Kants Theorem. Oder, Warum sind die Demokratien (noch immer) nicht friedlich?, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3: 1, 79-101.

Czempiel, Ernst-Otto 2000: Einmischung als Strategie. Über Interdependenz und Intervention, in: Merkur 54: 1, 11-23.

Czempiel, Ernst-Otto 2002: Kehrt der Krieg zurück? Anamnese einer Amnesie, in: Merkur 56: 3, 197-209.

Daase, Christopher 1999: Kleine Kriege - Große Wirkung, Baden-Baden.

Daase, Christopher 2002: Der Krieg und die Friedensforschung - Kleine Polemik zugunsten der Polemologie, in: Schmidt, Hajo/Trittmann, Uwe (Hrsg.): Kultur und Konflikt. Festschrift für Johan Galtung, Münster, 83-95.

Desch, Michael C. 2002: Democracy and Victory. Why Regime Type Hardly Matters, in: International Security 27: 2, 5-47.

Diehl, Paul F. (Hrsg.) 1999: A Road Map to War. Territorial Dimensions of International Conflict, Nashville/London.

Diehl, Paul F./Goertz, Gary 2000: War and peace in international Rivalry, Ann Arbor, MI.

Dixon, William 1994: Democracy and the Peaceful Settlement of International Conflict. In: American Political Science Review 88/1, 14-32.

Domke, William/Kugler, Jacek 1986: Comparing the Strength of Nations, In: Comparative Political Studies, 19/1, 39-69.

Duffield, Mark 2001: Global Governance and New Wars. The Merging of Development and Security. London.

Eberwein, Wolf-Dieter 1993: Ewiger Friede oder Anarchie? Demokratie und Krieg, in: Forndran, Erhard/Pohlmann, Hartmut, (Hrsg.), Europäische Sicherheit nach dem Ende des Warschauer Paktes, Baden-Baden, 139-166.

Eberwein, Wolf-Dieter 1997: Quantität und Qualität - Beide gehören zusammen, in: Ethik und Sozialwissenschaften 8: 3, 270-272.

Eberwein, Wolf-Dieter/Chojnacki, Sven 2001: Scientific Necessity and Political Utility. A Comparison of Data on Violent Conflicts, Wissenschaftszentrum Berlin P 01-304.

Elwert, Georg 1999: Markets of Violence, in: Elwert, Georg/Feuchtwang, Stephan/Neubert, Dieter (Hrsg.), Dynamics of Violence: Processes of Escalation and De-Escalation in Violent Group Conflicts. Sociologus Beiheft 1, Berlin, 85-102.

Finnemore, Martha 1998: Military Intervention and the Organization of International Politics, in: Lepgold/Weiss, 1998, 181-204.

Finnemore, Martha 2000: Paradoxes in Humanitarian Intervention. Paper Prepared for the Symposium on Norms and Ethics of Humanitarian Intervention at the Center for Global Peace and Conflict Studies, University of California at Irvine, April 14, 2000.

Gartzke, Erik 1998: Kant We All Just Get Along? Opportunity, Willingness, and the Origins of the Democratic Peace, in: American Journal of Political Science 42: 1, 1-27.

Gates, Scott/Hegre, Håvard/Jones, Mark P./Strand, Håvard 2002: Democratic Waves? War, New States, and the Global Patterns of Democratization, 1800-1998, Paper presented at the Annual meeting of the International Studies Association, New Orleans, March 24-27, 2002.

Geis, Anna 2001: Diagnose: Doppelbefund – Ursache ungeklärt? Die Kontroversen um den „demokratischen Frieden", in: Politische Vierteljahresschrift 42, 283-298.

Geller, Daniel S./Singer, David J. 1998: Nations at War. A Scientific Study of International Conflict, Cambridge.

Gleditsch, Nils Petter/Hegre, Havard 1997: Peace and Democracy, Three Levels of Analysis, in: Journal of Conflict Resolution 41: 2, 283-310.

Gleditsch, Nils Petter/Wallensteen, Peter/Eriksson, Mikael/Sollenberg, Margareta/Havard, Strand 2002: Armed Conflict 1946-2001: A New Dataset, in: Journal of Peace Research 35: 5, 615-637.

Gochman, Charles S. 1993: The Evolution of Disputes, in: International Interactions 19: 1-2, 49-76.

Gochman, Charles S./Sabrosky, Alan Ned (Hrsg.) 1990, Prisoners of War. Nation-states in the Modern Era, Lexington.

Goertz, Gary/Diehl. Paul F. 1992: The Empirical Importance of Enduring Rivalries, in: International Interaction 18/2, 151-163.

Henderson, Errol A. 2002: Democracy and War. The End of an Illusion?, Boulder/London.

Holsti, Kalevi J. 1996: The State, War, and the State of War, Cambridge.

Huntington, Samuel P. 1991: The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century, Norman, OK.

Ikenberry, John G. 1999: After Victory. Institutions, Strategic Restraint, and the Rebuilding of Order after Major Wars, Princeton and Oxford.

Ipsen, Knut 1999: Der Kosovo-Einsatz – Illegal? Gerechtfertigt? Entschuldbar?, in: Die Friedens-Warte 1-2: 1999, 19-23.

Jackson, Robert H. 1990: Quasi-States, Sovereignty, International Relations and the Third World, Cambridge.

Jaggers, Keith/Gurr, Ted Robert 1995: Tracking Democracy's Third Wave with the Polity III Data, in: Journal of Peace Research 32: 4, 469-482.

Kagan, Robert 2003: Of Paradise and Power: America and Europe in the New World Order, New York.

Kaldor, Mary 1999: New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era, Cambridge.

Kaldor, Mary 2003: American Power: form 'compellance' to cosmopolitanism?, in: International Affairs 79/1, 1-22.

Lake, David A. 1992: Powerful Pacifists: Democratic states and war, in: American Political Science Review 86:24-37.

Leeds, Brett Ashley/Davies, David R. 1999: Beneath the Surface: Regime Type and International Interaction, 1953-78, in: Journal of Peace Research 36:5-21.

Lepgold, Joseph/Weiss, Thomas G. (Hrsg.) 1998: Collective Conflict Management and Changing World Politics, New York.

Levy, Jack S. 1989: Domestics Politics and War, in: Rotberg/Rabb, 1989, 79-99.

Levy, Jack S. 2002: War and Peace, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simons, Beth (Hrsg.): Handbook of International Relations, London, 350-368.

Lock, Peter 2002: Die High-Tech-Kriege des 21. Jahrhunderts, in: Albrecht, Ulrich/Kalman, Michael/Riedel, Sabine/Schäfer, Paul (Hrsg., Das Kosovo-Dilemma. Schwache Staaten und Neue Kriege als Herausforderung des 21. Jahrhunderts, Münster, 127-140.

Mack, Andrew 1975: Why Big Nations Lose Small Wars, The Politics of Asymmetric Conflict, in: World Politics 27: 2, 175-200.

Mansfield, Edward D./Snyder Jack 1995: Democratization and the Danger of War. In: International Security 20: 1, 5-38.

Maoz, Zeev 1989: Joining the Club of Nations, Political Development and International Conflict, 1816-1976, in: International Studies Quarterly 33: 2, 199-231.

Maoz, Zeev 1997: The Controversy over the Democratic Peace. Rearguard Action or Cracks in the Wall? In: International Security 22: 1, 162-198.

Maoz, Zeev 2001: Democratic Networks: Connecting National, Dyadic, and Systemic Levels-of-Analysis in the Study of Democracy and War, in: Maoz, Zeev/Gat, Azar (Hrsg.), War in a Changing World, Ann Arbor.

Maoz, Zeev/Abdolali, Nasrin 1989: Regime Types and International Conflict, 1816-1976, in: Journal of Conflict Resolution 33: 1, 3-35.

Marshall, Monty G./Gurr, Ted Robert 2003: Peace and Conflict 2003. A Global Survey of Armed Conflicts, Self-Determination Movements, and Democracy, University of Maryland, Tydings Hall.

Matthies, Volker 2000: Krisenprävention. Vorbeugen ist besser als heilen, Opladen.

Most, Benjamin A./Starr, Harvey 1989: Inquiry, Logic and International Politics, Columbia.

Müller, Harald 2002: „Antinomien des demokratischen Friedens", in: Politische Vierteljahresschrift 43: 1, 46-81.

Münkler, Herfried 2001: Die privatisierten Kriege des 21. Jahrhunderts, in: Merkur 55: 3, 222-234.

Münkler, Herfried 2002: Die neuen Kriege, Berlin.

Musah, Abdel-Fatau/Fayemi J. Kayode (Hrsg.) 2000, Mercenaries. An African Security Dilemma. London: Pluto Press.

Peceny, Mark/Pickering, Jeffrey 2002: Military Interventions, Peacekeeping, and the Promotion of Democracy. Paper prepared for the Annual Convention of the International Studies Association, New Orleans, LA, March 24-27, 2002.

Pickering, Jeffrey 2002: Give me Shelter. Reexamining Military Intervention and the Monadic Democratic Peace, in: International Interactions 28:293-324.

Preuß, Ulrich K. 1999: Zwischen Legalität und Gerechtigkeit. Der Kosovo-Krieg, das Völkerrecht und die Moral, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/1999, 816-828.

Oneal, John R./Ray, James Lee 1997: New tests of Democratic Peace: Interdependence, Democracy, and International Conflict, in: Journal of Peace Research 33: 11-28.

Oneal, John R./Russett, Bruce 1997: The Classical Liberals Were Right: Democracy, Interdependence, and Conflict, 1950-85. International Studies Quarterly 41: 267-94.

Rasler, Karen/Thompson, William R. 1999: Predatory Initiators and Changing Landscapes of Warfare, in: Journal of Conflict Resolution 43: 4, 411-433.

Ray, James Lee 1995: Democracy and International Conflict. An Evolution of the Democratic Peace Proposition, Columbia.

Ray, James Lee 2000: Democracy. On the Level(s), Does Democracy Correlate with Peace?, in: Vasquez, 2000, 299-316.

Reiter, Dan/Stam, Allan C. 1998: Democracy, war initiation, and victory, in: American Political Science Review 92:377-389.

Reiter, Dan/Stam, Allan C. 2002: Democracies at War, Princeton.

Reno, William 1999: Warlord Politics and African States, Boulder, CO.

Rhodes, Edward 2003: The Imperial Logic of Bush's Liberal Agenda, in: Surviaval 45/1, 131-154.

Riekenberg, Michael 1999: Warlords. Eine Problemskizze, in: Comparativ, Heft 5/6, 187-205.

Risse-Kappen, Thomas 1994: Demokratischer Frieden? Unfriedliche Demokratien? Überlegungen zu einem theoretischen Puzzle, in: Krell, Gert/Müller, Harald (Hg.), Frieden und Konflikt in den internationalen Beziehungen, Frankfurt/New York, 159-189.

Risse-Kappen, Thomas 1996: Collective Identity in a Democratic Community. The Case of NATO, in: Peter J. Katzenstein (ed.), The Culture of National Security. Norms and Identies of World Politics, New York, 357-399.

Risse, Thomas 2003: Beyond Iraq: Challenges to the Transatlantic Security Community. Paper presented at the American Institute for Contemporary German Studies, Washington D.C., January 24, 2003.

Risse, Thomas/Ropp, Steven/Sikkink, Kathryn 1999: The Power of Human Rights, New York.

Rotberg, Robert I./Rabb, Theodore K. (Hrsg.) 1989: The Origin and Prevention of Major Wars, 1989, Cambridge.

Russett, Bruce 1993: Grasping the Democratic Peace, Principles for a Post-Cold-War World, Princeton.

Sarkees, Meredith Reid/Singer, J. David 2001: Armed Conflict & Future: A Master Typology? Paper prepared for presentation at the conference "Identifying Wars: Systemic Conflict Research and its Utility in Conflict Resolution and Prevention, 8-9 June 2001, Uppsala, Sweden.

Senese, Paul D. 1997: Between Dispute and War, The Effect of Joint Democracy on the Interstate Conflict Escalation, in: The Journal of Politics 59: 1, 1-27.

Schjølset, Anita 2001: The Decision to Go to War: Developing the Democratic Peace Argument through a Foreign Policy Framework, Paper prepared to the Annual Convention of the International Studies Association, Chicago, IL, 20-24 February 2001.

Schlichte, Klaus 2002: Neues über den Krieg? Einige Anmerkungen zum Stand der Kriegsforschung in den Internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 9: 1, 112-138.

Shannon Vuaghn P. 2000: Norms Are What States Make of Them: The Political Psychology of Norm Violation, in: International Studies Quarterly 44: 293-316.

Shearer, David 1998: Private Armies and Military Intervention, Adelphi Paper 316, New York: Oxford University Press.

Singer, J. David/Small, M. 1972: The Wages of War, 1816-1965: A Statistical Handbook, New York, NY.

Singer, P.W. 2001: Corporate Warriors. The Rise of the Privatized Military Industry and its Ramifications for International Security. In: International Security 26: 3, 186-220.

Siverson, Randolph M. 1995: Democracies and war participation: In defence of the institutional constraints argument, in: European Journal of International Relations 1:481-489.

Siverson, Randolph M. 1996: Thinking about Puzzles in the Study of International War, in: Conflict Management and Peace Science 15: 2, 113-132.

Siverson, Randolph M./Emmons, Jack 1991: Birds of a Feather, Democratic Political Systems and Alliance Choices in the Twentieth Century, in: Journal of Conflict Resolution 35:2, 285-306.

Small, Melvin/Singer, J. David 1982: Resort to Arms. International and Civil Wars, 1816-1980, Beverly Hills.

Starr, Harvey 1992: Democracy and War: Choice, Learning and Security Communities, in: Journal of Peace Research 29: 2.

Starr, Harvey 1997: Democracy and Integration, Why Democracies Don't Fight Each Other, in: Journal of Peace Research 34: 2, 153-162.

Stein, Arthur A. 1978: The Nations at War, Baltimore.

Stern, Paul C./Druckman, Daniel 2000: Evaluating Interventions in History: The Case of International Conflict Resolution, in: International Studies Review 2: 1, 33-63.

Taulbee, James Larry 2002: Governing the Use of Force: Modern Conflict and the Privatization of Violence. Paper Prepared for the Annual Meeting of the International Studies Association 24-27 March 2002, New Orleans.

Thompson, William R./Tucker, Richard 1997: A Tale of Two Democratic Peace Critiques, in: Journal of Conflict Resolution 41: 3, 428-454.

Thürer, Daniel 2000: Der Kosovo-Konflikt im Lichte des Völkerrechts: Von drei – echten und scheinbaren – Dilemmata, in: Archiv des Völkerrechts 38, 2000, 1-22.

Tillema, Herbert K. 1991: Escalation and International War in the Nuclear Age, Foreign Overt Military Interventions, 1945-1988, Paper presented at the 1991 Annual Meeting of the International Studies Association, Vancouver, British Columbia, Canada, March 19-23, 1991

Van Evera, Stephen 1999: Causes of War. Power and the Roots of Conflict, Ithaca/London.

Vasquez, John A. 1996: Distinguishing Rivals That Go to War from Those That Do Not, A Quantitative Comparative Case Study of the Two Paths to War, in: International Studies Quarterly 40: 4, 531-558.

Vasquez, John A. 1993: The War Puzzle, Cambridge.

Vasquez, John A. (Hrsg.) 2000: What Do We Know About War?, Boulder, CO.

Väyrynen, Raimo 2000: Preventing Deadly Conflicts: Failures in Iraq and Yugoslavia, in: Global Society 14: 1, 5-33.

Walt, Stephen M. 2001: Beyond Bin Laden. Reshaping U.S. Foreign Policy, in: International Security 26/3, 56-78.

Wang, Kevin/Ray, James Lee 1994: Beginners and Winners: The Fate of Initiators of Interstate Wars Involving Great Powers since 1495, in: International Studies Quarterly 38, 139-154.

Wendt, Alexander 1999: Social Theory of International Politics, Cambridge.

Zürn, Michael 1998: Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance, Frankfurt am Main.

Arbeitsgruppe Internationale Politik

Discussion Papers

1997

P 97-301
Wolf-Dieter Eberwein
Die Politik Humanitärer Hilfe: Im Spannungsfeld von Macht und Moral

P 97-302
Yasemin Topçu
Die Neugestaltung staatlicher humanitärer Hilfe in der Bundesrepublik Deutschland

P 97-303
Wolf-Dieter Eberwein
Umwelt – Sicherheit – Konflikt Eine theoretische Analyse

P 97 – 304
Peter Brecke
Using Pattern Recognition to Identify Harbinger Configurations of Early Warning Indicators

1998

P 98 – 301
Wolf-Dieter Eberwein
Die deutsch-polnischen Beziehungen: Integrations-theoretische Überlegungen

P 98 –302
Wolf-Dieter Eberwein
Sven Chojnacki
Disasters and Violence 1946 – 1997. The link between the natural and the social environment

P 98 – 303
Catherine Götze
Humanitäre Organisationen und Zivilgesellschaft. Konzeptionelle Über-legungen zum zivilgesell-schaftlichen Charakter von Nichtregierungsorganisationen

P 98 – 304
Ortwin Renn und Andreas Klinke
Risikoevaluierung von Katastrophen

P 98 – 305
Matthias Ecker
Die „Deutsch-Polnische Elitestudie“: Konstruktion und Repräsentativität der deutschen Stichprobe

Arbeitsgruppe Internationale Politik

Discussion Papers

1999

P 99-301
Basil Kerski
Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen vor 1990

P 99-302
Yasemin Topçu
Humanitarian NGO-Networks – Identifying Powerful Political Actors in an International Policy-Field

P 99-303
Wolf-Dieter Eberwein
Sven Chojnacki
The Capacity and Willingness to Act Two Constitutive Elements of Strategy Design

P 99-304
Catherine Götze
Von der humanitären zur Entwicklungshilfe. Entwicklung, Konflikt, Nothilfe und die ambivalente Aktualität des Kontinuumkonzeptes

P 99-305
Uta Bronner
Helfer in humanitären Projekten: Strategien und Probleme der Personalplanung

P 99-306
Nikola Gillhoff
Die Errichtung eines ständigen Internationalen Gerichtshofes – Beginn einer neuen Ära?

P 99-307
Matthias Ecker
‚Political Boundary Making‘ toward Poland: Social Identities and Interest-Formation in German Elite Reasoning

Arbeitsgruppe Internationale Politik

Discussion Papers

2000

P 00-301
Sven Chojnacki
Wolf-Dieter Eberwein
Die Kultur der Prävention: Ein Ansatz zur Zivilisierung internationaler Politik?

P 00-302
Peter Brecke
Risk Assessment Models and Early Warning Systems

P 00-303
Tørris Jæger
Die Schutzfunktion humanitärer Hilfe

P 00-304
Michael Schloms
Divide et impera – Totalitärer Staat und humanitäre Hilfe in Nordkorea

P 00-305
Sarah Reichel
Transnational Administrations in former Yugoslavia: A repetition of failures or a necessary learning process toward a universal peace-building tool after ethno-political war?

P 00-306
Francois Jean
Tschetschenien – Moskaus Rache

Arbeitsgruppe Internationale Politik

Discussion Papers

2001

P 01-301
Matthias Ecker-Ehrhardt
Werte, Identität, Gemeinschaftssinn? Ergebnisse der „Deutsch-Polnischen Elitestudie“

P 01-302
Wolf-Dieter Eberwein
Humanitäre Hilfe, Flüchtlinge und Konfliktbearbeitung

P 01-303
Wolf-Dieter Eberwein
Sven Chojnacki
Stürmische Zeiten? Umwelt, Konflikt und Sicherheit

P 01-304
Wolf-Dieter Eberwein
Sven Chojnacki
Scientific Necessity and Political Utility. A Comparison of Data on Violent Conflicts

P 01-305
Wolf-Dieter Eberwein
Basil Kerski (Hg.)
Deutsch-polnische Beziehungen zehn Jahre nach der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages: Eine Werte- und Interessengemeinschaft?

P 01-306
Michael Schloms
Humanitarianism and Peace. On the (im)possible inclusion of humanitarian assistance into peace-building efforts

P01-307
Wolf-Dieter Eberwein
Realism or Idealism, or both? Security Policy and Humanitarianism

Arbeitsgruppe Internationale Politik

Discussion Papers

2002

P 02-301
Sébastien Chartrand
Politics of Swedish Humanitarian Organizations: Exporting the Welfare State?

P 02-302
Yasemin Block
Whoever Pays the Piper Calls the Tune: Gleichklang oder Polyphonie? Humanitäre Konzeptionen und die Bandbreite humanitärer Hilfe der Geberländer

P 02-303
Matthias Ecker-Ehrhardt
Die deutsche Debatte um die EU-Osterweiterung – Ein Vergleich ihres ideellen Vorder- und Hintergrundes

2003

P 03-301
Sven Chojnacki, Wolf-Dieter Eberwein, Andreas Mehler (Hrsg.)
Sich kreuzende Blickwinke auf innerstaatliche Gewalt und Krisen-prävention. Ein Workshopbericht

P2003-302
Sven Chojnacki
Björn Aust
Wandel der Kriegsformen im internationalen System

P2003-303
Sven Chojnacki
Kriege im globalen Zeitalter. Theoretische und methodische Anmerkungen

P2003-304
Sven Chojnacki
Demokratien und Krieg. Das Konfliktverhalten demokratischer Staaten im internationalen System, 1946-2001

Bestellschein

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
Presse- und Informationsreferat
Reichpietschufer 50
D - 10785 Berlin

Absender: _____
_____
_____
_____

Bitte schicken Sie mir folgende Veröffentlichungen des WZB: Please send me the following WZB Papers:	
Paper Nr.:	Autor:

Paper-Bestellungen: Briefmarken erbeten

Wir erbitten von allen Bestellern, die papers vom WZB anfordern, eine **0,51-Euro-Briefmarke pro paper** als pauschalen Beitrag zu den anfallenden Versandkosten. Besteller aus dem Ausland werden gebeten, für jedes bestellte paper einen "Coupon-Réponse International" (internationalen Antwortschein), der auf Postämtern erhältlich ist, beizufügen.
Aus diesem Grund ist es auch **nicht** möglich, Bestellungen von papers **per Telefon, Fax** oder **E-mail** an das WZB zu richten. Schicken Sie ihre Bestellungen nur schriftlich an die WZB-Pressestelle und legen Sie neben der entsprechenden Anzahl von Briefmarken weiterhin einen mit ihrer eigenen Adresse versehenen **Aufkleber** bei.

Stamps for papers

We ask for a **0,51-Euro-postage stamp** per paper from all those who wish to order WZB papers, and who live in Germany. These stamps contribute to the shipment costs incurred. All persons interested in WZB papers from abroad are kindly requested to send one "Coupon-Réponse International" (international reply coupon) for each ordered paper. The coupons can be obtained at your local post office.
Because of this, it is not possible to order papers over the **phone,** by **telefax or E-mail**. Please send your orders only by letter to the WZB Press and Information Office, and add to the postal stamps a sticker with your own address written on it.